

# **RKW** INFORMATIONEN BAU-RATIONALISIERUNG

## ibr 2\_2014

---

> **Tag der Deutschen Bauindustrie**

Rede der Bundeskanzlerin anlässlich des Tags der Deutschen Bauindustrie

→ Seite 4

---

> **Schuldenabbau geht vor Zukunftsinvestitionen**

Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2014

→ Seite 8

---

> **Building Information Modeling**

Kann Building Information Modeling (BIM) die Lösung für die erfolgreiche Durchführung von Bauprojekten sein?

→ Seite 14

---

> **Frankfurter Bautage 2014**

Bauwirtschaftstag und Bausachverständigentag

→ Seite 22



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

# Wettbewerb 2015 Auf IT gebaut – Bauberufe mit Zukunft



Für Auszubildende, Studierende und Beschäftigte  
BAU 2015 in München,  
19.–24. Januar 2015

[www.aufITgebaut.de](http://www.aufITgebaut.de)



Premium-Förderer:



Auslober:



Organisiert durch:



Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns sehr über das positive Feedback, das die ibr in ihrem neuen Erscheinungsbild von Ihnen bekommen hat.

In dieser Ausgabe möchten wir Sie besonders auf die Rede der Bundeskanzlerin anlässlich des Tags der Deutschen Bauindustrie, der am 22. Mai 2014 in Berlin stattgefunden hat, und auf die Informationen zum aktuellen KfW-Kommunal Panel hinweisen. Außerdem werden Sie über die Themen der Frankfurter Bautage informiert, die Ende September stattfinden werden.

Ihr ibr-Redaktionsteam ■

## Inhalt

<b>Meinungen</b> .....	<b>4–7</b>
Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Tags der Deutschen Bauindustrie	
<b>Baumarkt Deutschland</b> .....	<b>8–11</b>
Schuldenabbau geht vor Zukunftsinvestitionen .....	8–9
Baukonjunktur mit Rückenwind .....	10–11
<b>Brüsseler Allerlei</b> .....	<b>12–13</b>
Keine Investitionen, keine Zukunft!	
<b>Baumanagement</b> .....	<b>14–17</b>
Kann Building Information Modeling (BIM) die Lösung für die erfolgreiche Durchführung von Bauprojekten sein? .....	14–15
Die gesamtschuldnerische Haftung des Architekten und die Möglichkeiten der Minimierung des Risikos der Inanspruchnahme ...	16–17
<b>Aus der Arbeit der RG-Bau</b> .....	<b>18–21</b>
Innovationen und Ressourceneffizienz am Bau .....	18–20
Neue Runde im Wettbewerb „Auf IT gebaut – Bauberufe mit Zukunft“ .....	21
<b>Frankfurter Bautage 2014</b> .....	<b>22–23</b>
Bauwirtschaftstag: Zukunftsbranche Bauwirtschaft –	
Trends und Szenarien für den Wohnungs- und Städtebau .....	22
Bausachverständigentag: Feuchteschutz und Bauwerksabdichtung .....	23
<b>Aus Verbänden und Institutionen</b> .....	<b>24–25</b>
Deutsche Bauwirtschaft zum Zahlungsverzug: Gesetzentwurf zügig verabschieden! .....	24
Baugewerbe warnt vor Kostenexplosion bei Infrastrukturmaßnahmen! .....	25
<b>Buchtipps</b> .....	<b>26</b>
Bauen für ältere Menschen	
Deutsche Bauwirtschaft international: Qualität – Innovation – Nachhaltigkeit	
<b>Termine</b> .....	<b>27</b>

### Impressum

**Herausgeber:** W. Axel Zehrfeld, Geschäftsführer  
**RKW Rationalisierungs- und Innovationszentrum  
der Deutschen Wirtschaft e. V.**

RKW Kompetenzzentrum, Düsseldorf Straße 40 A, 65760 Eschborn  
c.hoffmann@rkw.de  
[www.rkw-kompetenzzentrum.de](http://www.rkw-kompetenzzentrum.de)

**Redaktion:** Christina Hoffmann (V.i.S.d.P.),  
Günter Blochmann, Ute Juschkus,  
Richard Michalski, RA Ulrich Paetzold  
**Layout:** Claudia Weinhold  
**Gestaltung:** MACH DRUCK GmbH, Frankfurt  
**Bildnachweis:** .Gina Sanders – fotolia.com  
**Druck:** MACH DRUCK GmbH, Linkstraße 69,  
65933 Frankfurt, [www.mach-druck.de](http://www.mach-druck.de)

Juli 2014

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Zur besseren Lesbarkeit wird in der gesamten Publikation das generische Maskulinum verwendet. Das heißt, die Angaben beziehen sich auf beide Geschlechter, sofern nicht ausdrücklich auf ein Geschlecht Bezug genommen wird.



# Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Tags der Deutschen Bauindustrie

am 22. Mai 2014 in Berlin



Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor ihrer Rede im Gespräch mit dem Präsidenten des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie Prof. Thomas Bauer

**Sehr geehrter Herr Bauer,  
meine Damen und Herren,**

ganz herzlichen Dank für die Einladung. Ich grüße natürlich auch meine Kollegen aus den Parlamenten. Ich bin gerne bei Ihnen zu Gast. Allerdings haben wir heute einen Donnerstag in einer Sitzungswoche; es warten noch Abstimmungen auf mich. Insofern ist es wichtig, dass wir uns die Zeit gut einteilen.

Ich habe gerade meinen Nachbarn gefragt, ob es eine ordentliche Zusammenarbeit zwischen dem Verkehrs- und Bauministerium und dem Verband gibt. Das wurde mir bestätigt. Ich werde hier nicht alle Detailprobleme lösen können, sage aber zu, dass die Bundesregierung weiterhin zu einer guten Kooperation bereit ist. Es bedarf natürlich genauso einer guten Kooperation mit den Ländern.

Meine Damen und Herren, uns verbindet sehr viel, was uns gemeinsam wichtig ist, nämlich Werte von Bestand zu schaffen. Bei

Ihnen liegt das ja qua Amt und qua Profession sozusagen auf der Hand. Die Bundesregierung muss oft Überzeugungsarbeit leisten, um Mehrheiten zu finden. Aber ich bin nicht nur deshalb hier. Ich glaube – das ist ja auch mit den Worten von Herrn Bauer deutlich geworden –, dass das Schaffen von Rahmenbedingungen auch mit dem Realisieren von Bauprojekten eng zusammenhängt. Herr Bauer hat soeben auch von der Einbindung in die Gesellschaft gesprochen. Das gilt, glaube ich, gemeinschaftlich – sowohl für die Politik als auch im Hinblick auf das, was Sie an Werten schaffen. Sie sind sozusagen Mitgestalter unseres öffentlichen Erscheinungsbildes im Lande. Beim Tiefbau mag nicht alles sichtbar sein, aber immerhin ist der Hochbau doch meistens ziemlich gut erkennbar.

Wir teilen die Analyse – das hat Herr Bauer auch gesagt –, dass wir wirtschaftlich relativ gut dastehen und dass wir der Wachstumsmotor Europas sind. Aber wenn wir uns in der Welt umschaun, dann gehört noch mehr dazu, um ein wettbewerbsfähiger Standort zu sein. Deshalb dürfen wir uns natürlich nicht darauf ausruhen, dass wir weniger als drei Millionen Arbeitslose haben, dass wir die ge-

ringste Jugendarbeitslosenquote in Europa haben und dass zurzeit auch der Trend der Erwerbstätigen noch weiter nach oben weist.

Sie haben darauf hingewiesen, wie Sie seit der deutschen Wiedervereinigung auch viele Jahre der Krise zu verzeichnen hatten. Gewiss war es zu erwarten, dass der Bauboom in den neuen Ländern nicht permanent anhalten würde. Aber es ist gut, dass die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe mittlerweile wieder angewachsen ist – 756.000 waren es im vergangenen Jahr – und dass zum Beispiel die Baugenehmigungen im Wohnungsbau auf ein Zehn-Jahres-Hoch angestiegen sind. Wir machen uns nichts vor: Der milde Winter hat natürlich Ausnahmeeffekte mit sich gebracht. Aber dennoch – die Realeinkommen sind gestiegen und die Zinsen sind niedrig, was natürlich die Konjunktur fördert. Da besteht eher die Sorge, ob das alles nachhaltig ist. Aber ich glaube, wir können sagen, dass die deutsche Bauindustrie recht wettbewerbsfähig ist.

Ich unterstreiche Ihr Motto: Investition, Wachstum und Beschäftigung sind das, was Deutschland voranbringt. Deshalb teile ich auch Ihre Mahnung, die Herausforderungen für die Zukunft ernst zu nehmen: die demografische Veränderung, die Energiewende und Investitionen in die Zukunft.

Ich will mit dem Thema Energiewende beginnen. In den nächsten Jahren ist eine Vielzahl von Investitionsmöglichkeiten zu erwarten, insbesondere im Leitungsbau, bei der Erneuerung des Stromnetzes und auch bei Windparkbauten. Ein wichtiger Bereich ist auch die Energieeffizienz. Hierbei gilt als schlafender Riese der Wärmemarkt, insbesondere der gesamte Bereich Gebäudesanierung. Einige Fördermöglichkeiten haben wir leider nie mit dem Bundesrat verabreden können, zum Beispiel die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Aber ich denke, wir haben mit unseren CO<sub>2</sub>-Sanierungsprogrammen doch eine ganze Menge erreicht. Zwischen 2006 und 2013 sind mehr als dreieinhalb Millionen Wohnungsprojekte gefördert worden. Das Investitionsvolumen dieser Projekte belief sich auf 159 Milliarden Euro. Und es konnte eine beträchtliche Reduktion von CO<sub>2</sub> erreicht werden, nämlich um mehr als sieben Millionen Tonnen. Wir werden die betreffenden KfW-Programme natürlich fortsetzen.

Wir müssen bis Jahresende einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz aufstellen und auch an Brüssel, an die Europäische Union, abliefern. Wir werden dabei intensiv darüber nachdenken müssen, was wir noch zur Beschleunigung der Verbesserung der Energieeffizienz

tun können. Wir werden nämlich unsere Ziele mit den bisherigen Mitteln noch nicht erreichen. Deshalb liegt hier noch ein intensiver Diskussionsprozess vor uns.

Ich denke, auch im Wohnungs- und Städtebau stehen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam in der Verantwortung. Wohnraum soll bezahlbar sein. Es gibt vor allem in größeren Städten Bedarf an neuem Wohnraum. Es gibt allerdings durch die demografische Veränderung ganz unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Teilen Deutschlands. Es wird sicherlich in den nächsten zehn Jahren die größte Herausforderung sein: Wir werden auch anderen Wohnraum brauchen, mehr altersgerechten Wohnraum. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Förderung altersgerechter Umbauten über die KfW wieder zu bezuschussen, um diesen Bereich stärker in Gang zu bringen und damit einen Beitrag zur Bewältigung demografischer Herausforderungen zu leisten. Wir haben auch vereinbart, die Programmmittel für die Städtebauförderung insgesamt erheblich aufzustocken. Auch das ist ein Motor für mehr Investitionen. Wir gehen davon aus, dass diese Aufstockung jährlich rund zehn Milliarden Euro an Bauinvestitionen anstoßen kann. Dies dürfte vor allem auch kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort zugute kommen.

Die Attraktivität von Wohnorten hängt natürlich auch von der Qualität und der Quantität der Verkehrsinfrastruktur ab. Herr Bauer hat die Probleme hierbei sehr ausführlich dargelegt. Ich möchte das alles nicht wiederholen. Unser Verkehrswegenetz ist im Grundsatz gut, aber es wird, wie beschrieben, natürlich in Anspruch genommen. Und wenn etwas beansprucht wird, dann unterliegt es einem Verschleiß. Also gibt es einen hohen Bedarf an Investitionen in bestehende Verkehrswege, aber angesichts unserer zentralen Lage in Europa natürlich auch immer wieder an Neuinvestitionen in neue Verkehrsprojekte.

Wir haben hierfür fünf Milliarden Euro mehr in dieser Legislaturperiode veranschlagt. Ich könnte jetzt sagen: Ich hoffe einmal, dass dies nicht durch Mehrkosten bei den einzelnen Projekten wieder aufgeessen wird, sondern dass wir das auch wirklich in zusätzliche Investitionen bringen können. Ich stimme Ihnen zu, dass dies noch nicht dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Allerdings haben Sie uns auch gemahnt, immer auch die Zukunft im Blick zu haben. Für uns ist die Frage des Abbaus der jährlichen Neuverschuldung ein zentrales Projekt. Auch angesichts zunehmender demografischer Probleme wollen wir bereits im Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt haben. Wir sind uns aber einig: Wenn es neue

Haushaltsspielräume gibt, dann haben Investitionen im Verkehrsbereich oberste Priorität.

Sie haben auch von nutzungsbezogenen Gebühren oder Einnahmen gesprochen. Sie kennen die verschiedenen Mautpläne, die zum einen die Erweiterung der Lkw-Maut betreffen und zum anderen eine Pkw-Maut für nichtdeutsche Nutzer unserer Straßen. Es wird ein langer Weg sein, um die Erwartungen – das muss ich hier ganz offen sagen –, die Sie haben und die man auch haben müsste, um die Investitionsversäumnisse der Vergangenheit wiedergutzumachen, zu erfüllen. Nehmen wir es positiv: Wir sind dabei, hier etwas zu tun; und ich empfinde Ihre Rede als eine Ermunterung, mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, wir stehen des Weiteren vor der riesigen Aufgabe, auch Verkehrsinvestitionen mit Investitionen in die IT-Struktur zu verbinden und insbesondere die Breitbandversorgung unserer Bevölkerung auszubauen. Wir haben das Verkehrsministerium extra zu einem Infrastrukturministerium ausgebaut, um hierbei zügig voranzukommen. Unser Ziel ist, bis 2018 die Breitbandverfügbarkeit überall, auch in den ländlichen Räumen, zu sichern. Wir werden auch mit der Europäischen Kommission darüber sprechen, wie wichtig unbürokratische Fördermöglichkeiten sind. Wir müssen auch dafür sorgen, dass wir zu einer schnellen Versteigerung der Digitalen Dividende, also von bestimmten Frequenzbereichen, kommen; das wäre dann die zweite Versteigerung. Diesbezüglich hat der Finanzminister zugesagt, dass der Erlös dieser Versteigerung dann auch zu großen Teilen in den Ausbau der IT-Infrastruktur gegeben werden kann. Das ist ganz wichtig.

IT-Lösungen sind für unser Land essenziell. Wenn wir über „Industrie 4.0“ sprechen, dann sprechen wir über die Verschmelzung der klassischen Industrie mit der IT-Industrie zur digitalen Industrie. Die Bundesregierung – das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und das Innenministerium, das im Bereich des Datenschutzes federführend ist – erarbeitet eine „Digitale Agenda 2014-2017“, die wir Schritt für Schritt umsetzen werden.

Meine Damen und Herren, Großbauprojekte – ebenfalls von Herrn Bauer angesprochen – sind natürlich auch ein zentrales Thema. Einerseits entscheidet sich daran die Reputation der ganzen Branche. Andererseits handelt es sich oft um öffentliche Bauprojekte, weshalb also auch die Reputation des öffentlichen Bereichs davon abhängt. Ich verzichte hier an diesem Ort einmal darauf, Namen zu

nennen und wo Probleme schon einmal vorgekommen sein sollen und in denen wir noch mittendrin sind. Wir haben als Bundesregierung jedenfalls eine Reformkommission zum Bau von Großprojekten ins Leben gerufen, um die Probleme, die sich ergeben – auch die Frage der Risikoverteilung, die Sie so anschaulich beschrieben haben –, miteinander zu diskutieren und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, wie die Kosten- und Termintreue bei der Realisierung von Großprojekten verbessert werden kann.

Meine Bitte an Sie ist – Sie haben viele an uns, ich habe eine an Sie –: Machen Sie keine Kostenvoranschläge im Bereich von öffentlichen Bauten, von denen Sie vorher schon wissen, dass es echt eng wird. Die Frage, wie man sozusagen an einen Auftrag kommt, ist ja eine spannende; das verstehe ich. Wir sind natürlich relativ hart dazu gehalten, das billigste Angebot zu nehmen. Aber der Weg, erst einmal anzufangen und dann zu sagen „Nun sind wir schon so weit, nun müssen wir eh weitermachen“, wird beiden Seiten – sowohl der Politik als auch der Wirtschaft – auf Dauer nicht guttun und Deutschland insgesamt einen großen Reputationsschaden zufügen. Daher müssen wir wirklich einmal miteinander hinter verschlossenen Türen darüber diskutieren, wie wir hierbei wieder zu mehr Ehrlichkeit und mehr Klarheit kommen.

Ich sage auch: Wir können die Zahl der Zollbeamten noch so sehr aufstocken und noch so viele Baustelleninspektionen durchführen, aber es bedarf auch sozusagen einer moralischen Bereitschaft aller Akteure, die Richtlinien nicht zu umgehen und Niedriglohnarbeit nicht doch durch die Hintertür zuzulassen. Auch das ist ein Thema, das jeder von Ihnen kennt. Ich weiß auch, dass es sicherlich vielerlei Versuche gibt. Aber denken Sie immer an den langfristigen, nachhaltigen Weg. Das ist meine Bitte an Sie. Dann werden wir auch miteinander besprechen, was wir gemeinsam noch verbessern können.

Meine Damen und Herren, die Baubranche – das wird oft unterschätzt – ist eine ausgesprochen innovative Branche. Wenn ich sehe, was allein im Bereich der Baustoffe und bei vielen anderen Dingen an Innovationen dazugekommen ist, kann ich feststellen, dass sich da in den letzten Jahren sehr, sehr viel getan hat. Deshalb will ich auch an dieser Stelle sagen: Wir haben uns vorgenommen, am Ziel festzuhalten, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unserem Land für Forschung und Innovationen auszugeben. Wir sind jetzt fast bei drei Prozent. Bei positivem Wirtschaftswachstum, das wir hoffentlich weiterhin haben werden, müssen wir natürlich jedes Jahr mehr investieren. Wir investieren auch in Bildung, um den

nötigen Fachkräftenachwuchs zu bekommen. Auch Sie sind angewiesen auf gute Ingenieure und auf gute Facharbeiter.

Insofern, meine Damen und Herren, gibt es vieles, was wir an gemeinsamen Anliegen haben. Mahnen Sie uns an den Stellen, bei denen Sie glauben, dass es noch der Unterstützung bedarf, denn die Interessen, wofür der Staat sein Geld und des Steuerzahlers Geld ausgeben soll, sind vielfältig.

Dazu, was aktuelle Diskussionen anbelangt, die Herr Bauer ja sehr höflich mit der Frage der Umverteilung angesprochen hat, möchte ich abschließend nur eines sagen: Die Bauindustrie und die deutsche Wirtschaft insgesamt stehen auch deshalb so gut da, weil es ein Jahrzehnt großer Lohnzurückhaltung und großer Vernunft im tariflichen Bereich und eine Vielzahl von Einschnitten gegeben hat – ich denke einmal an Rentenniveaus und Ähnliches. Wenn man sich einerseits die Reallohnentwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt anschaut und wenn man sich dann andererseits die Reallohnentwicklung in manchen großen Unternehmen – ich meine hier nicht Sie – und bei deren Chefs anschaut, dann sieht man, dass auf die Politik natürlich auch die Frage zukommt: Wie geht das alles zusammen? Wir als Politiker sind einerseits für die Zukunft – für die wirtschaftliche Zukunft, für die innovative Zukunft – unseres Landes verantwortlich, wir sind aber immer auch mit der Frage der Gerechtigkeit konfrontiert. Ich glaube, in den letzten Jahren und auch in Krisenzeiten hat sich die Soziale Marktwirtschaft bewährt. Sie wird in vielen Ihrer Unternehmen gelebt. Aber gerade Sie in der Bauindustrie wissen doch auch, was diejenigen, die zwischen dem 16. und 63. Lebensjahr auf dem Bau standen, geleistet haben. Insofern bitte ich abschließend einfach darum, auch unsere Entscheidungssituation nachzuvollziehen.

Wir werden stark bleiben, wenn wir in einem kreativen, manchmal auch etwas spannungsgeladenen Dialog bleiben. Deshalb bin ich heute sehr gerne zu Ihnen gekommen. Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verbandstag und eine weiterhin gute, intensive Zusammenarbeit mit der Bundesregierung. ■

*„Wir werden stark bleiben, wenn wir in einem kreativen, manchmal auch etwas spannungsgeladenen Dialog bleiben.“*

→ Kontakt:

Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung,

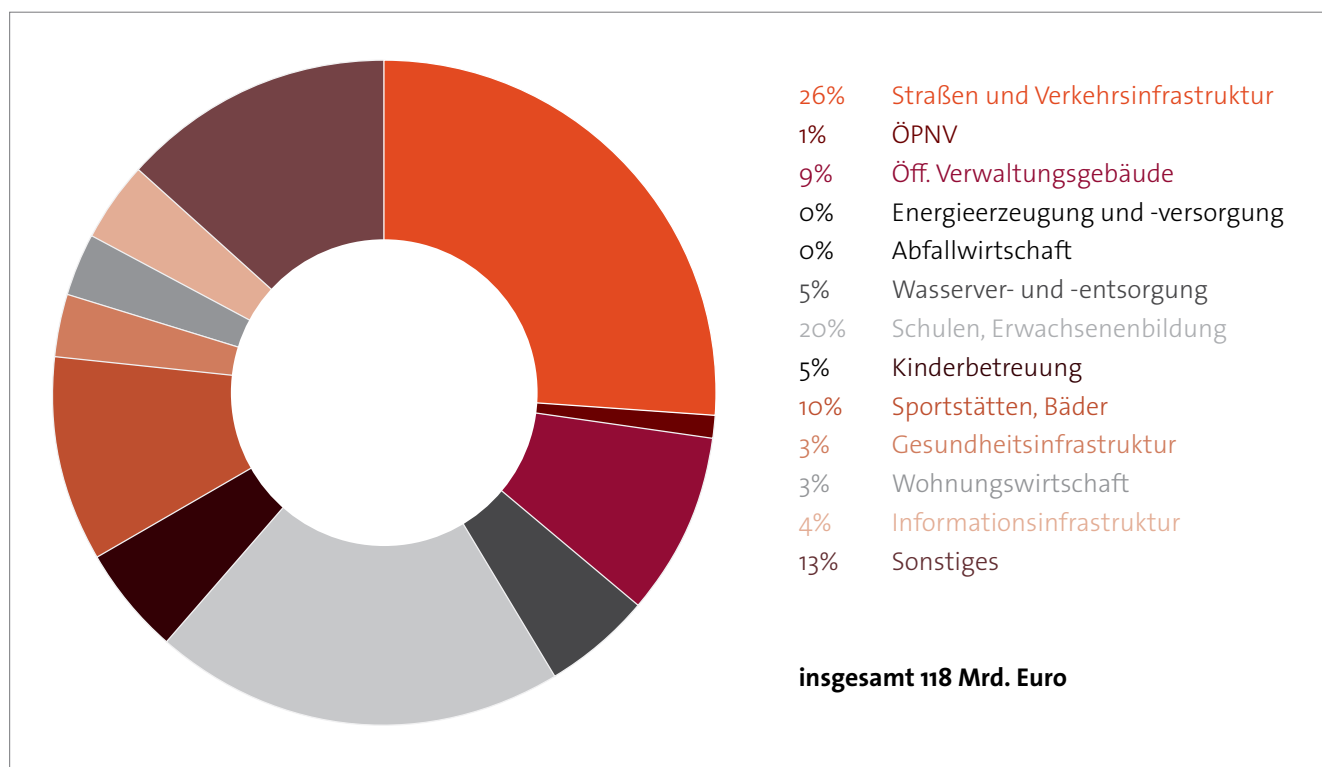
Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin,

Tel.: (030) 18 272-0, Fax: (030) 18 10 272-0,

internetpost@bundesregierung.de

# Schuldenabbau geht vor Zukunftsinvestitionen

## Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2014



### Investitionsrückstand Kommunen im Jahr 2013

Anmerkung: Hochrechnung auf der Basis der Pro-Kopf-Mittelwerte für Gemeinden nach Größenklassen und Landkreise

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014, durchgeführt vom Difu von September bis November 2013

Trotz weiterer Entspannung der kommunalen Finanzlage im Jahr 2013 haben viele strukturschwache Kommunen weiterhin mit steigender Verschuldung zu kämpfen und werden zunehmend abgehängt. Zudem nutzen viele Kommunen ihre wenigen Spielräume nur zur Haushaltskonsolidierung und unterlassen notwendige Zukunftsinvestitionen. Langfristig wird das jedoch nicht reichen!

Die Gesamtschau auf die Finanzlage der Kommunen suggeriert, dass sich die finanzielle Situation der deutschen Kommunen substanziell gebessert hätte: Es gab 2013 erneut einen leichten Haushaltsüberschuss in Höhe von 1,7 Milliarden (Mrd.) Euro (2012: +1,8 Mrd. Euro kommunale Kernhaushalte). Außerdem entlasteten die nach wie vor niedrigen Zinsen die Kommunen bei ihrem Schuldendienst und eröffneten weitere Spielräume. Hinzu kommen die von der Mehrzahl der Flächenländer aufgesetzten Entschuldungsfonds zur Förderung des Haushaltsausgleichs und Schuldenabbaus in notleidenden Kommunen. Im laufenden Jahr schlägt zudem die Entlastung bei der Grundsicherung im Alter voll zu buche. Eine weitere „Entlastungsmil-

liarde“ kommt den Kommunen durch den Mitte März 2014 erfolgten Kabinettsbeschluss ab 2015 zugute. Verdeckt wird dabei jedoch, dass bei weitem nicht alle Kommunen von dieser positiven Entwicklung profitieren, wie das aktuelle KfW-Kommunalpanel 2014 zeigt.

### Finanz- und strukturschwache Kommunen werden weiter abgehängt

Mittlerweile ist der kommunale Kassenkreditbestand auf rund 48 Mrd. Euro angewachsen, mit weiter ansteigender Tendenz. Regional betrachtet entfallen fast 84 Prozent aller Kassenkredite auf Kommunen in nur vier Bundesländern (Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen). Wie die Ergebnisse des aktuellen KfW-Kommunalpanels belegen, rechnen 30 Prozent der antwortenden Kommunen auch 2014 mit einer weiteren Ausweitung der Kassenkredite. Dabei betrifft die Ausweitung vor allem Kommunen in jenen Ländern, die ohnehin schon hohe Bestände aufweisen. Entsprechend findet der Abbau eher dort statt, wo die Pro-Kopf-Bestände vergleichsweise niedrig sind.



Zunehmende Ungleichheiten spiegeln sich ebenso in den Einschätzungen zur Gesamtfinanzierungssituation wider: Trotz robuster konjunktureller Entwicklung rechnet die Mehrheit der antwortenden Kommunen (58 Prozent) mit einer Verschlechterung ihrer Gesamtfinanzierungssituation im Jahr 2014. Insgesamt gilt: Je schlechter die Ausgangslage, desto schlechter werden auch die zukünftigen finanziellen Perspektiven beurteilt.

### **Wahrgenommener Investitionsrückstand gesunken, aber immer noch zu hoch**

Die finanzielle Entspannung zeigt auch bei der kommunalen Investitionstätigkeit nur wenig Wirkung. In der Summe ist der wahrgenommene Investitionsrückstand laut aktuellem KfW-Kommunalpanel gegenüber dem Vorjahr um knapp zehn Prozent gesunken, verbleibt jedoch mit 118 Mrd. Euro auf dem zweithöchsten Niveau seit Beginn der Befragung. Aufgrund der günstigen Einnahmesituation konnten die Gemeinden ihre Sachinvestitionen 2013 zwar um rund fünf Prozent erhöhen, nach Abzug der Abschreibungen verbleibt die Nettoinvestitionsquote mit -0,22 Prozent jedoch seit 2004 negativ. Das bedeutet auch weiterhin einen Substanzverlust in der kommunalen Infrastruktur.

Auch die gute Lage auf dem Kreditmarkt, insbesondere die niedrigen Zinssätze für Investitionskredite, führten nicht zu einer spürbaren Ausweitung der Investitionstätigkeit. Die zusätzlich getätigten Investitionen werden stärker aus Eigenmitteln finanziert. Zudem zeigt sich, dass eine positive Einschätzung der Gesamtfinanzierungssituation sehr viel eher mit einem zukünftigen Abbau sowie mit einer qualitativ geringer bemessenen Höhe des Investitionsstaus einhergeht.

Finanzschwache Kommunen können häufig nicht genug investieren. Die Investitionstätigkeit ist aber Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und zukünftige Steuereinnahmen. Den Kommunen entgehen hier Möglichkeiten zum Abbau des Rückstands und zur Reduzierung von Folgekosten. Die Situation für strukturschwache Kommunen verschärft sich damit weiter.

### **Was ist zu tun?**

Offensichtlich reichen die aktuellen Entlastungen nicht aus, um eine Trendwende bei den finanzschwachen und hochverschuldeten Kommunen zu bewirken. Die aktuell vorhandenen Spielräume aller Kommunen werden zu wenig genutzt. Insgesamt bleibt der Eindruck, dass der Schuldenabbau vor Zukunftsinvestitionen geht. Die momentan hohen Steuereinnahmen sollten gleichermaßen

für den Schuldenabbau und für Zukunftsinvestitionen genutzt werden. Die Schuldenbremse/der Fiskalpakt ermöglicht sowohl beim Bund als auch bei den Kommunen noch Spielräume für zusätzliche Investitionen.

Vor diesem Hintergrund scheint es notwendig, auch die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Länder und Kommunalaufsichten etwa bei der Förderung des kommunalen Haushaltsausgleichs und Schuldenabbaus kritisch zu hinterfragen. Dabei geht es weniger um den Umfang der benötigten Mittel und Unterstützungsmaßnahmen. Vielmehr sollte in einer Zukunftsallianz eine Verständigung darüber erzielt werden, welche Ziele, welches Know-how, welche Instrumente und – dann erst – welche Mittel und Finanzierungswege anzustreben sind, um durch eine strategische Infrastrukturoffensive die Daseinsvorsorge langfristig wirtschaftlich, qualitativ und nachhaltig sichern zu können.

Zukünftig werden die Kosten einer vernachlässigten Infrastruktur von den Bürgern bezahlt werden müssen: entweder direkt über Gebühren, Steuern und andere Abgaben oder aber später durch fehlendes Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitsplätze sowie den Verlust an Standortattraktivität. Je länger man wartet, desto teurer wird es! ■

---

→ *Kontakt:*

*Dr. Mareike Kölle, Dr. Sascha Wolff,  
KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main,*

*mareike.koeller@kfw.de*

*sascha.wolff@kfw.de, www.kfw.de*

## Baukonjunktur mit Rückenwind

- Dank günstiger Witterung Umsätze im ersten Quartal mit 23 Prozent im Plus
- Umsatzprognose für 2014 nachgebessert: Plus 4,5 Prozent
- Wieder knapp 770.000 Beschäftigte am Bau

Dank einer außergewöhnlich günstigen Witterung zu Jahresbeginn ist das deutsche Bauhauptgewerbe mit viel Rückenwind in das Baujahr 2014 gestartet: Wie der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Prof. Thomas Bauer in seiner Jahrespressekonferenz zum „Tag der Deutschen Bauindustrie“ mitteilte, erwartet der Hauptverband für das erste Quartal 2014 ein **Umsatzplus** von über 23 Prozent. Da gleichzeitig auch die **Auftragseingänge** im ersten Quartal um etwa sieben Prozent gestiegen seien, könne die Branche für das Jahr 2014 jetzt sogar mit einem Umsatzzuwachs von nominal 4,5 Prozent rechnen.

Treiber der Baukonjunktur bleibe auch 2014 der **Wohnungsbau**, erläuterte Bauer. Dank einer lebhaften Nachfrage im ersten Quartal, aber auch weiter steigender Genehmigungszahlen bei Mehrfamilienhäusern könne die Branche im Wohnungsbau ein Umsatzplus von nominal sechs Prozent erwarten. Für diese positive Entwicklung spreche das anhaltend niedrige Zinsniveau, die stabile Entwicklung der Einkommen und der Einkommenserwartungen, aber auch das anhaltende Interesse der Kapitalanleger an der Wohnimmobilie – nicht zuletzt aufgrund fehlender renditestarker Anlagealternativen.

Mit einer Immobilienblase sei trotzdem aus Sicht der Bauindustrie in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, beruhigte Bauer. Dem regen Interesse der Investoren stehe auf der anderen Marktseite ein wachsender Bedarf an zusätzlichem Wohnraum gegenüber, der sich aus der Zuwanderung nach Deutschland und verstärkten Binnenwanderungen in die Ballungszentren erklären lasse. Gefahr gehe allenfalls von der geplanten Mietpreisbremse im Mietrechtsnovellierungsgesetz (MietNovG) aus. Bauer: „Der Gesetzgeber geht das Risiko ein, dass nicht nur die Mieten, sondern auch der erfreuliche Aufwärtstrend im Mietwohnungsneubau gebremst werden.“

Auch der **Wirtschaftsbau** habe sich in den vergangenen Monaten – trotz flauer Konjunktur im EU-Raum, ungelöster Staatsschuldenprobleme und der Ukraine-Krise – stabil entwickelt, berichtete Bauer. Ein nach wie vor günstiges gesamtwirtschaftliches Investitionsklima, ein zunehmender Auslastungsgrad der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe, die daraus resultierende Zunahme der Investitionsneigung und ein anziehendes Baugenehmigungsniveau, insbesondere für Fabrik- und Werkstattgebäude, sorgten dafür, dass die Bauindustrie 2014 mit einem Umsatzzuwachs im Wirtschaftsbau von nominal 3,5 Prozent rechnen könne.

Dagegen bereite der **Öffentliche Bau** – trotz des gewaltigen Investitionsstaus auf allen staatlichen Ebenen – weiterhin Sorgen.

Der Bund falle als Impulsgeber im Jahre 2014 weitgehend aus; so stünden für den Verkehrswegebau im Entwurf des Bundeshaushalts 300 Millionen Euro weniger zur Verfügung als im Jahr 2013. Auch die Länder zeigten weiterhin keine ausgeprägte Investitionsneigung: Die Konsolidierung der Haushalte habe mit Blick auf die Einführung der Schuldenbremse Vorrang vor dem Abbau des öffentlichen Investitionsstaus. Allenfalls von den Städten und Gemeinden könnten 2014 Investitionsimpulse ausgehen. Allerdings seien die vielen „Haushaltssicherungskommunen“ in West- und Norddeutschland kaum in der Lage, die angezogene Investitionsbremse zu lockern. Der Hauptverband gehe deshalb davon aus, dass sich der Werteverzehr am öffentlichen Kapitalstock auch 2014 fortsetzt. Die Umsatzerwartungen seien leicht auf plus drei Prozent nach unten revidiert worden.

### Bauarbeitsmarkt:

#### Beschäftigungspolitischer Tiefpunkt überwunden

#### Seit 2009 60.000 neue Jobs am Bau – Anwerbung im Ausland

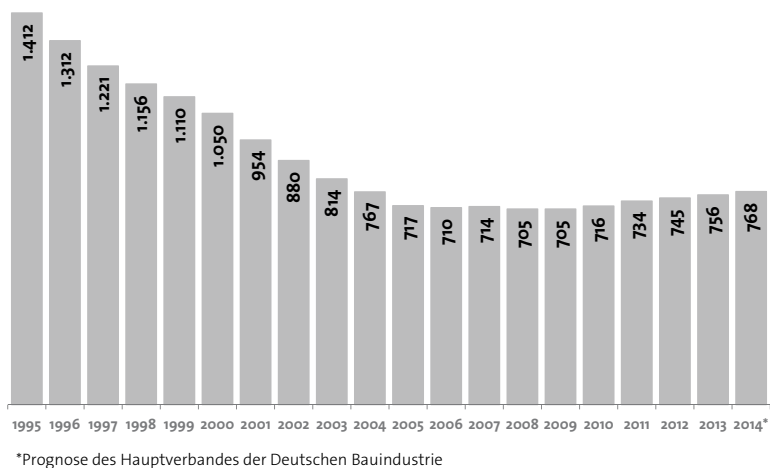
„Dank der günstigen Entwicklung im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau wird sich 2014 der Beschäftigungsaufbau im deutschen Bauhauptgewerbe fortsetzen.“ Prognostiziert Prof. Bauer. Im Jahresdurchschnitt 2014 würden voraussichtlich knapp 770.000 Menschen Arbeit und Brot im deutschen Bauhauptgewerbe finden; das seien über 10.000 mehr als 2013, aber auch 60.000 mehr als zum beschäftigungspolitischen Tiefpunkt der Branche im Jahre 2009. Bauer: „Inzwischen sehen 54 Prozent der Bauunternehmen im Fachkräftemangel das größte Risiko für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung.“

Die Facharbeiterlücke am Bau könne jedoch auf dem deutschen Bauarbeitsmarkt kaum noch geschlossen werden, stellte Bauer fest. Die Arbeitskräftereserven seien weitgehend ausgeschöpft: Im April 2014 habe es nur noch 39.000 arbeitslose Baufacharbeiter und 1.900 arbeitslose Bauingenieure gegeben; 30.000 bzw. 1.100 weniger als im Jahr 2009. Darüber hinaus könnten die Firmen den Abgang von Fachkräften in den Ruhestand über die Rekrutierung von Nachwuchskräften nicht mehr ausgleichen: 2013 seien schätzungsweise 16.000 Mitarbeiter in den Ruhestand gegangen, dem hätten aber nur 12.000 Auszubildende im ersten Lehrjahr gegenübergestanden.

Inzwischen scheinen jedoch immer mehr Unternehmen die Facharbeiterlücke durch Anwerbung von Fachkräften aus dem europäischen Ausland, insbesondere aus Spanien, Portugal und Griechenland schließen zu wollen, berichtet Bauer.

## Beschäftigte im Bauhauptgewerbe in Deutschland

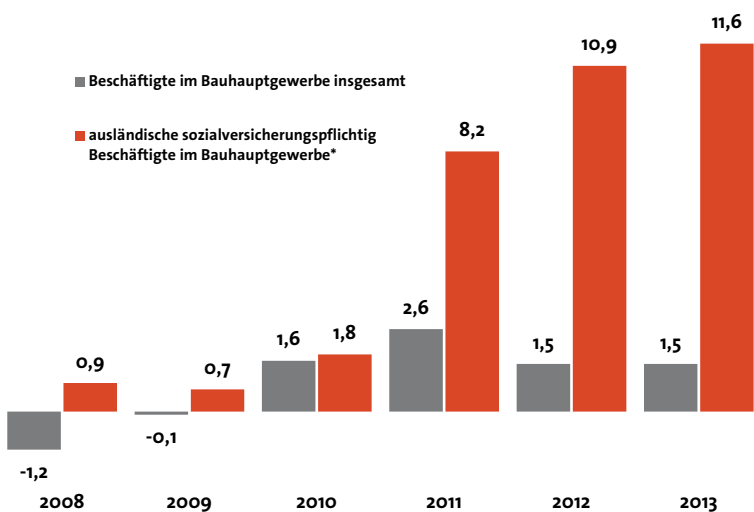
Anzahl, Jahresdurchschnitt in 1.000



Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

## Entwicklung der Beschäftigung im deutschen Bauhauptgewerbe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



\*Jahresdurchschnitt aus 4 Monatwerten (2013: 3 Monate) zum Ende des Quartals

Quelle: Destatis, Bundesagentur für Arbeit, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Im Jahr 2013 sei im Bauhauptgewerbe die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischem Pass um 11,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Damit sei der Anteil der ausländischen Mitarbeiter an den Belegschaften im September 2013 auf 10,7 Prozent angewachsen; vier Jahre vorher – im September 2009 – seien dies erst 7,8 Prozent gewesen.

Bauer zieht insgesamt ein positives Fazit für die Beschäftigungschancen am Bau: „Der Bau ist heute wieder eine attraktive Branche. Sowohl für Facharbeiter als auch für Ingenieure. Nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus unseren europäischen Nachbarstaaten. Wer sich für anspruchsvolle technische Herausforderungen – sei es bei der Umsetzung der Energiewende oder die Ertüchtigung unserer Infrastruktur – interessiert, der findet in der Bauwirtschaft einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz.“ ■

Kontakt:  
Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.,  
Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin,  
info@bauindustrie.de, www.bauindustrie.de

## Keine Investitionen, keine Zukunft!

# Ohne die nötigen Investitionen gefährden wir die Zukunft Europas – nicht mehr und nicht weniger!

Im Hinblick auf die Wahlen zum Europa Parlament und die Ernennung der neuen Kommission, hat die FIEC ihr Manifest für das Mandat 2014-2019 erarbeitet, um die europäischen und nationalen Entscheidungsträger mit den Tatsachen, Argumenten und möglichen Lösungen vertraut zu machen. Das Manifest behandelt zehn entscheidende Themen und ihre möglichen Lösungen.

### FIEC MANIFEST FÜR AKTION - EU MANDAT 2014-2019

"Ob es darum geht, die Grundlage für zukünftiges Wachstum durch Investitionen in Infrastruktur zu schaffen, die Folgen des Klimawechsels zu bekämpfen, Gebäude energieeffizienter zu machen oder

Städte so zu planen, dass sie den sich ändernden Anforderungen zukünftiger Generationen gerecht werden, die Bauwirtschaft ist der wesentliche Partner, um die Zukunft zur Realität zu machen." sagt FIEC Präsident Thomas Schleicher. "Während wir versuchen, aus der Finanzkrise zu lernen, lassen Sie uns nicht vergessen, dass wir zumindest für einen Teil der Probleme die Lösungen schon kennen. Wenn die erforderlichen Investitionen gemacht werden, dann sind die Männer und Frauen der Bauwirtschaft in der Lage, ihr Talent, ihre Erfahrung und ihr Engagement einzusetzen, um politische Entscheidungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Der Bau ist die Branche mit den Lösungen!"

	Warum?	Wie?
1. <b>Investitionen für Wachstum und Beschäftigung trotz der notwendigen Haushaltsdisziplin</b>	Die Kosten der Nicht-Investitionen wären deutlich höher als die Kosten der Investitionen, wenn man bedenkt, dass dadurch kurzfristig das wirtschaftliche Wachstum und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit beschädigt würden. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass jeder Euro, der in die Verbesserung der Energieeffizienz investiert wird, der öffentlichen Hand Einkünfte/Einsparungen von fünf bis sieben Euro bringt. Die im Jahr 2013 von der EU eingeführte „Investitionsklausel“ hat im Vergleich zum tatsächlichen Bedarf nur einen extrem begrenzten Einfluß gehabt.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Möglichkeit größerer Flexibilität bei den Berechnungen im Rahmen des Wachstums- und Stabilitätspaktes, wenn Mitgliedsstaaten politische Entscheidung der EU umsetzen und in Infrastruktur und Bauprojekte investieren</li> <li>■ die Berücksichtigung der Tatsache, dass solche Investitionen Wachstum und Arbeitsplätze schaffen (Multiplikator-Effekt: ein Arbeitsplatz im Bausektor bedeutet zwei weitere Arbeitsplätze in anderen Branchen)</li> <li>■ effektive Nutzung der EU Fonds unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Gewinne, die solche Investitionen erzielen</li> </ul>
2. <b>Finanzierung von Investitionen</b>	Ohne die nötige Finanzierung wird es keine Investitionen geben. Ohne Anreize werden die verfügbaren Finanzierungsmittel nicht ausreichen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Verbesserung des Zugangs zu Unternehmenskrediten/-hypotheken für lebensfähige Unternehmen, insbesondere KMU, und solide private Investoren, inklusive Haushalte</li> <li>■ die Verpflichtung von den Banken, die öffentliche Gelder erhalten, sie als Darlehen zu vergeben... ... an lebensfähige Unternehmen</li> <li>■ die Anwendung innovativer Maßnahmen und steuerliche Anreize auf allen Ebenen, zum Beispiel niedrigere Mehrwertsteuer auf Renovierungsarbeiten</li> </ul>
3. <b>Infrastrukturinvestitionen für nachhaltiges Wachstum</b>	Trotz der Fazilität „Connecting Europe“ fehlt Europa ein entschiedener Ansatz zum Bau und der Unterhaltung von Infrastruktur. Solide und für den vorgesehenen Zweck geeignete Infrastruktur ist eine Grundvoraussetzung für eine lebhafte und nachhaltige EU-Wirtschaft.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Verwendung öffentlicher und privater Mittel – sowohl traditioneller als auch innovativer Instrumente – einschließlich PPP, als Hebel für Projekte von gesamteuropäischem Nutzen</li> <li>■ die Förderung des Prinzips „der Nutzer zahlt“ als eine Möglichkeit der Teilfinanzierung neuer Projekte und der Unterhaltung bestehender Infrastruktur</li> <li>■ die Erhöhung des EU-Anteils an den für die Aufwertung und die Unterhaltung bestehender Infrastruktur verfügbaren Mittel</li> <li>■ die Ausnahme der Banken von den Basel III Regeln für den Anteil von Darlehen, die für Infrastrukturprojekte vergeben werden, die zur Steigerung des nationalen Bruttoinlandsprodukts oder der Beschäftigung beitragen.</li> </ul>
4. <b>Fairen Wettbewerb auf allen Ebenen sicherstellen</b>	Bauunternehmer sind unlauterem Wettbewerb ausgesetzt, zum Beispiel: öffentliche Betriebe, die privaten Unternehmen sowohl auf öffentlichen als auch auf privaten Märkten Konkurrenz machen ausländische Bauunternehmen, die EU oder örtliche	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Maßnahmen, die sicherstellen, dass solche öffentlichen Betriebe nicht von unzulässigen Vorteilen profitieren.</li> <li>■ Verstärkung der Bemühungen, Konvergenz der Steuer- und Sozialvorschriften in der EU zu erreichen</li> </ul>



	Regeln nicht einhalten Bauunternehmen aus Drittländern, deren Märkte für EU-Unternehmen nicht offen sind („Gegenseitigkeit“)	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die Sicherstellung echter Gegenseitigkeit bei der Marktöffnung sowie die Beachtung von EU- und nationalem Recht durch alle Unternehmen gleichermaßen</li> </ul>
5: <b>ein nachhaltiges/ energieeffizientes Europa bauen</b>	Europas Gebäudebestand ist durch Heizen und Beleuchten von Wohnungen und Büros der größte Energieverbraucher. Trotz relevanter Politiken und Vorschriften ist der größte Teil des europäischen Gebäudebestandes noch weit von „Nullenergie“ entfernt. Die EU ist weit davon entfernt, die 20-20-20 Ziele zu erreichen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ effektive Kommunikation der Dringlichkeit von Energieeffizienzmaßnahmen für EU-Bürger und die Erleichterung von Renovierungsarbeiten durch finanzielle oder steuerliche Anreize</li> <li>■ die Verwendung der Strukturfonds zum Anschub der Renovierung des Gebäudebestandes in der EU</li> <li>■ die Verwendung der Abteilung „gesellschaftliche Herausforderungen“ des Rahmenprogrammes „Horizont 2020“ zur Finanzierung von Forschung über Kosten/ Nutzen „tiefer Renovierung“</li> </ul>
6: <b>zügige Zahlung für lebensfähige Unternehmen</b>	Korrekte und fristgemäße Bezahlung muss in der gesamten Wertschöpfungskette respektiert werden. Allerdings hängt ein erheblicher Teil der Bautätigkeit von öffentlichen Investitionen ab. Öffentliche Auftraggeber spielen daher eine entscheidende Rolle, um die Zahlungsfähigkeit von Unternehmen, vor allem in einer wirtschaftlichen Krise, zu ermöglichen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ sicherstellen, dass die Zahlungsverzugsrichtlinie korrekt umgesetzt und sowohl von privaten als auch öffentlichen Kunden beachtet wird</li> <li>■ verhindern, dass die Richtlinie mißbraucht wird, um Zahlungsfristen bis zur längsten zulässigen Frist zu verlängern</li> <li>■ in Betracht ziehen, versteckte Zahlungsverzögerungen, wie zum Beispiel den unbestimmten Beginn der Zahlungsfrist, bei der nächsten Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie zu beseitigen</li> </ul>
7: <b>ein gut funktionierender Arbeitsmarkt</b>	Trotz der hohen Arbeitslosenzahlen in der EU, insbesondere bei jungen Menschen, haben Bauunternehmen in einigen Mitgliedsstaaten Schwierigkeiten, Mitarbeiter mit den erforderlichen Fähigkeiten zu finden, sowohl heute als auch in Zukunft. Außerdem sind bei grenzüberschreitender Tätigkeit die Kontrollen durch die Verwaltung schwieriger im Hinblick auf die Anwendung und Durchsetzung der einschlägigen Vorschriften. Dennoch sind diese Vorschriften entscheidend, um fairen Wettbewerb und die Anwendung der relevanten Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer zu gewährleisten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ regelmäßige Aktualisierung bestehender Ausbildungspläne, um technischen Entwicklungen und Innovationen Rechnung zu tragen</li> <li>■ Förderung von Investitionen in Aus- und lebenslange Weiterbildung, sowie in der Lehrlingsausbildung und die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen, ohne Senkung der Standards</li> <li>■ die korrekte Anwendung und Durchsetzung der EU-Regeln zur grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen und die Erleichterung der Verwaltungszusammenarbeit</li> </ul>
8: <b>unbeschränkte Innovationen für das Europa von morgen</b>	Die Bauwirtschaft ist ununterbrochen innovativ. Jedes neue Projekt stellt Bauunternehmer vor Herausforderungen, die nur durch entsprechende Innovationen bewältigt werden können. Allerdings gibt es auch Hindernisse. Insbesondere die Versicherungen scheuen das Risiko, wenn es darum geht, innovative Lösungen zu versichern. Darüber hinaus findet Innovation im Baubereich in einer Art und Weise statt, die nicht notwendigerweise von EU-finanzierten Programmen auch als Innovation anerkannt wird.	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Beseitigung von Hindernissen für Innovation in der Bauwirtschaft, zum Beispiel die standardmäßige Zulassung von Nebenangeboten im öffentlichen Auftragswesen</li> <li>■ Verbesserung der Teilhabe der Bauwirtschaft an EU-finanzierten Forschungs- und Entwicklungsprogrammen</li> <li>■ Einführung von Anreizen, um Versicherer zu ermutigen, den Gebrauch innovativer Produkte und Methoden auf der Baustelle zu decken</li> </ul>
9: <b>Smart Cities als Antwort auf gegenwärtige und zukünftige Erfordernisse</b>	Entsprechend einigen Vorhersagen werden bis zum Jahr 2050 circa 70 Prozent der EU-Bürger in Städten leben. Um mit dieser steigenden Nachfrage nach Wohnraum fertig zu werden, müssen Städte dem Klima angepaßt, durch gute Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur vernetzt und auch mit anderer bürgerfreundlicher Infrastruktur ausgestattet sein (Gesundheit, Bildung, Umwelt, Sport, Verwaltung, ...)	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Austausch von „best practice“ durch die Europäische Innovationspartnerschaft für Intelligente Städte und Gemeinschaften</li> <li>■ Entwicklung eines Normungsrahmens zur Förderung effizienter Lösungen, die nachweislich auch schon bei als „smart“ anerkannten Städten erfolgreich waren</li> </ul>
10: <b>Abbau von Bürokratie und Vereinfachung rechtlicher Vorschriften</b>	Bauunternehmen werden oft durch inadäquate Rechtsvorschriften, die weder die Bedingungen in der Branche, noch die praktischen Konsequenzen zutreffend berücksichtigen, mit unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand konfrontiert	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ die EU Institutionen sollten die Einschätzung bestehender Vorschriften im Rahmen der REFIT Initiative in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern fortsetzen und das Erforderliche unternehmen</li> <li>■ Mitgliedsstaaten sollten das „gold plating“ von EU Vorschriften bei der Umsetzung in nationales Recht vermeiden</li> </ul>

→ Kontakt: RA Ulrich Paetzold, FIEC – Der Verband der Europäischen Bauwirtschaft, Av. Louise 225, B-1050 Bruxelles, [www.fiec.eu](http://www.fiec.eu)

## Kann Building Information Modeling (BIM) die Lösung für die erfolgreiche Durchführung von Bauprojekten sein?

*Die Reformkommission soll den gesamten Bauprozess auf den Prüfstand stellen – von der ersten Projektidee bis zur Inbetriebnahme und Nutzung. Schlüsselaspekte sind:*

- *Verstärkte Planung in frühen Projektphasen*
- *Anwendung modernster IT-gestützter Planungsmethoden*
- *Verlässliche Kostenschätzungen und belastbare Termine*
- *Systematisches Risikomanagement*
- *Kooperation von Planung und Bauausführung*
- *Effiziente Ausschreibung und Vergabe*
- *Klare Regelungen von Verantwortung und Haftung, Bonus-Malus-Regelungen*
- *Effiziente Bauausführung, Bauüberwachung und Projektsteuerung*
- *Mehr Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit*

Kosten- und Terminüberschreitungen bei Bauprojekten, insbesondere bei Großbauvorhaben, sind schon längst keine Sondersituationen mehr, sondern scheinen, möchte man den Meldungen in der allgemeinen Presse Glauben schenken, an der Tagesordnung zu sein.

Dies kann die deutsche Bauwirtschaft nicht auf sich sitzen lassen. Weltweit genießt die Branche einen hervorragenden Ruf – nur im eigenen Land nicht? Darauf hat die Regierung reagiert und bereits im letzten Jahr die Reformkommission „Bau von Großprojekten“ ins Leben gerufen.

Ziel des Gremiums ist es, Kosten möglichst real zu kalkulieren, die sogenannte Kostenwahrheit, damit auch Kosten transparent zu machen und die Termintreue zu stärken. Vor allem soll aber ein volkswirtschaftlicher Schaden abgewandt und der gute Ruf der deutschen Bauwirtschaft im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen bleiben. In der Sitzung der Reformkommission am 15. Mai 2014 beriet man vor allem die Methode des Building Information Modeling, kurz BIM genannt, als gute Möglichkeit für die erfolgreiche Durchführung von Großprojekten.

Vorbild für die Lösung kann der umfängliche Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien sein. In der standortgebundenen Industrie hat der Aufbau eines Leitmarkts von innovativen Produktionstechnologien unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ bereits Einzug gehalten. Dieses Zukunftsprojekt ist Teil der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Ziel ist dabei die intelligente Fabrik, die sich durch Wandlungsfähigkeit, Ressourceneffizienz und Ergonomie sowie die Integration von Kunden und Geschäftspartnern in Geschäfts- und Wertschöpfungsprozesse auszeichnet.

Dieses Verfahren kann auch auf die Bauwirtschaft übertragen werden. Eine durchgängige Digitalisierung von Planungs- und realisierungsrelevanten Bauwerksdaten und deren Vernetzung aller an Planung, Bau und Betrieb Beteiligten soll eine termin- und kostengerechte Durchführung von Bauprojekten mit hoher Qualität ermöglichen.

Durch die Methode des Building Information Modeling (BIM) können umfassend Daten der Beteiligten synchronisiert werden und stehen gleichzeitig allen Baubeteiligten unmittelbar zur Verfügung. In einer Datenbank werden alle Daten für das Gebäude erfasst. Dabei wird nicht nur ein dreidimensionales Gebäudemodell erstellt, mit Informationen zu Materialien, deren Lebensdauer und bauphysikalischen Eigenschaften sondern vielmehr können hier auch Kosten, Abläufe und Änderungen unmittelbar erfasst oder geändert werden.

Damit werden also Prozesse transparent und Änderungen umgehend mitgeteilt. Mit dieser Methode besteht die Möglichkeit, zur Termin- und Kostensicherheit beizutragen. Gleichzeitig können Planungs- und Ausführungsqualität verbessert und damit Fehler reduziert werden. Der Übergang zu einer umfassenden Lebenszyklusbetrachtung ist dann nur noch ein letzter Schritt.

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe der ibr berichteten (Meinungsbeitrag von Prof. Díaz) wird BIM bereits in vielen Ländern angewandt. Hierzulande reagierte die Bauwirtschaft



bisher noch etwas zurückhaltend, was die Umsetzung der Methode betrifft – obwohl auch in Deutschland entsprechende Softwareprodukte entwickelt und angeboten werden.

Zuletzt hat der zuständige Minister Alexander Dobrindt eine Plattform „BIM Task Force“ und auch Pilotprojekte für die Methode angekündigt: „Die Digitalisierung des Bauens bietet Chancen, große Bauprojekte im Zeit- und Kostenrahmen zu realisieren. Bessere Datengrundlagen für alle am Bauprojekt Beteiligten sorgen für Transparenz und Vernetzung. Dadurch können Zeitpläne, Kosten und Risiken früher und präziser ermittelt werden. Modern Bauen heißt: erst virtuell und dann real bauen.“

Während des 11. BIM Anwendertags, der am 21. Mai 2014 in Königstein stattfand, unterstrich daher der VBI-Präsident Dr. Volker Cornelius, die Entscheidung des Ministers zur Gründung der Plattform und zur Unterstützung entsprechender Pilotprojekte. Jetzt sei der ideale Zeitpunkt gekommen, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, um die rechtlichen und strukturellen Voraussetzungen für

mehr Kostentransparenz und Termintreue beim Planen und Bauen, insbesondere bei Großprojekten zu schaffen.

Alle Akteure der Wertschöpfungskette Bau sehen große Potentiale in der Methode BIM, allerdings, so wird in allen Kreisen kritisch bemerkt, ist die Methode noch nicht bekannt genug.

In verschiedenen Förderprojekten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wird bereits seit längerem an dem Thema gearbeitet. So wird beispielsweise in dem Projekt BIMiD die Methode an einem konkreten Bauprojekt beispielhaft demonstriert und soll mit seinen Erkenntnissen insbesondere die mittelständische Bau- und Immobilienwirtschaft unterstützen.

Aber auch wir, das RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau behandeln seit längerem den intelligenten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Bauwirtschaft als zentrales Thema.

In unserem Projekt „BIM – Musterlösungen Bau“ wurden in Zusammenarbeit mit unseren Partnern einfach bedienbare Softwaretools für typische Geschäftsprozesse in den Bereichen Bauen im Bestand und Facility Management erarbeitet und handwerksgerecht implementiert. Damit hat das Projekt einen Bogen von Großprojekten bis hin zu mittleren und kleinen Projekten schlagen können und gleichzeitig Einsatzmöglichkeiten auch in kleinen handwerklich geprägten Unternehmen aufgezeigt.

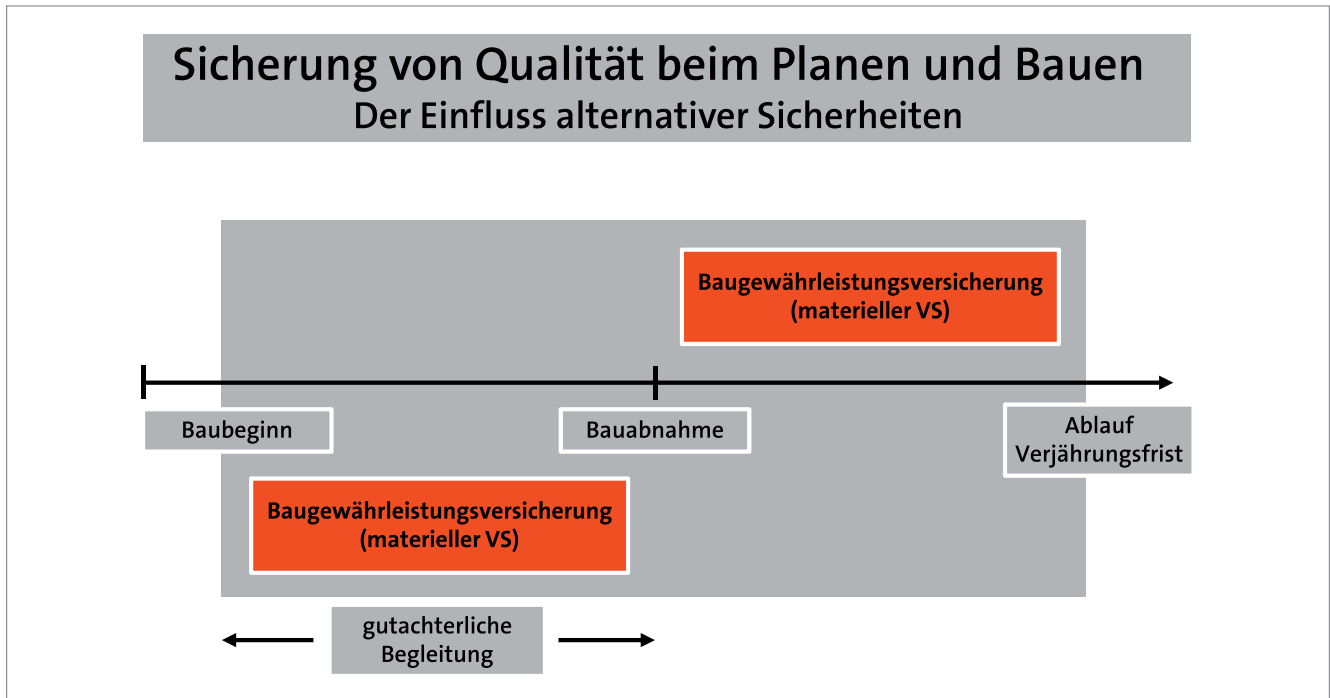
Die Projektergebnisse und weitere Informationen finden Sie auf der Projektwebsite: [www.bim-handwerk.de](http://www.bim-handwerk.de) ■

---

**Kontakt:**

*Christina Hoffmann und Günter Blochmann,  
RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau,  
Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn,  
c.hoffmann@rkw.de, blochmann@rkw.de,  
www.rkw-kompetenzzentrum.de*

# Die gesamtschuldnerische Haftung des Architekten und die Möglichkeit der Minimierung des Risikos der Inanspruchnahme



Quelle: Roland Heese, Verband- und Kooperationsmanagement Bau, VHV Versicherungen

In den letzten Jahren rückt die Situation des Architekten vor dem Hintergrund der gesamtschuldnerischen Haftung immer mehr in den Fokus. Das resultiert nicht nur aus einer schwierigen wirtschaftlichen Lage der Bauunternehmen, vornehmlich aus deren häufigen Insolvenzen in der Vergangenheit. Auch die immer bessere Information und Aufgeklärtheit von Bauherren im Zusammenhang ständig steigender Anforderungen an die Verwendung qualitativ hochwertiger Baustoffe und immer anspruchsvollerer Verarbeitungsvorschriften stellen die Architektenschaft vor wachsende Herausforderungen.

Sollte nun ein ausführendes Bauunternehmen im Rahmen der Gewährleistungszeit seinen Verpflichtungen aus der Mängelhaftung nicht nachkommen können, sucht der Auftraggeber für seine Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche einen zahlungsfähigen Baubeteiligten, den Architekten.

Das Risiko des Architekten besteht darin, dass er aufgrund der gesamtschuldnerischen Inanspruchnahme mit dem Ausfallrisiko des Bauunternehmens belastet wird, wobei als Voraussetzung dafür stets die Mitverursachung eines Mangels seitens des Architekten gegeben sein muss.

Die gesetzliche Grundlage für die Gesamtschuldnerschaft ist in § 421 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, BGB gelegt. Darin heißt es: „Schulden Mehrere eine Leistung in der Weise, dass Jeder die ganze Leistung zu bewirken verpflichtet, der Gläubiger aber die Leistung nur einmal zu fordern berechtigt ist (Gesamtschuldner), so kann der Gläubiger die Leistung nach seinem Belieben von jedem der Schuldner ganz oder zum Teil fordern. Bis zur Bewirkung der ganzen Leistung bleiben sämtliche Schuldner verpflichtet.“

Für die Architektenschaft stellt sich dieser Sachverhalt so dar, dass der Bauherr die Mängelbeseitigung oder Schadenersatzleistung ganz vom Architekten fordern kann, auch wenn dessen Verursachungsanteil wesentlich geringer ist. Der Gläubiger soll durch die Verbundenheit mehrerer Schuldner keinen Nachteil erleiden (§§ 421 ff. BGB).

## Was bedeutet das in der Praxis?

Am häufigsten kommen hierbei Ausführungsfehler des Bauunternehmers und Planungs- oder Überwachungsfehler des Architekten vor.



Folgender Sachverhalt soll dazu ein Beispiel geben:

Ein Bauunternehmer bringt ein Wärmedämmverbundsystem auf und schließt das untere Ende nicht fachgerecht an. Ein regensicherer Anschluss ist auch nicht herstellbar. Es stellt sich die Frage, inwieweit den Unternehmer hinsichtlich seiner eigenen Vorleistung eine Hinweispflicht gegenüber dem Auftraggeber trifft und inwieweit der Architekt im Falle eines Schadens ein Mitverschulden durch seine Bauüberwachungstätigkeit zu tragen hat. Das Oberlandesgericht München entschied, dass zwar den Unternehmer bei einer so wichtigen Frage wie dem regensicheren Anschluss eine Hinweispflicht trifft, jedoch das zurechenbare Mitverschulden des Architekten überwiegt.

Auch eine Gesamtschuldnerschaft planender und objektüberwachender Architekten ist möglich. Gleiches gilt für ein Gesamtschuldverhältnis zwischen mehreren Bauunternehmen. Diese sind nach den gleichen Grundsätzen zu behandeln.

#### **Wie kann das Risiko der Inanspruchnahme des Architekten minimiert werden?**

Die VHV Versicherung als Partner der Bauwirtschaft und Bauspezialversicherer hat sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt und nach dem Vorbild der französischen Décennaleversicherung gemeinsam mit Vertretern der Verbände der Bauwirtschaft ein Versicherungskonzept entwickelt, welches mit den gesetzlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, VOB abgestimmt ist. Die Baugewährleistungsversicherung gestattet es, im Rahmen einer vereinbarten Gewährleistungszeit bis maximal fünf Jahren erstmals Mängel an der Bauleistung, die nach der Abnahme erstmals auftreten, abzusichern. Neben den Mangelbeseitigungskosten werden auch Minderungsbeträge, wenn eine Mangelbeseitigung unmöglich oder unverhältnismäßig ist, erstattet. Das Besondere ist der Direktanspruch des Bauherren gegenüber dem Versicherer, falls die Gewährleistungsansprüche beim Auftragnehmer im Falle einer Insolvenz nicht mehr realisiert werden können.

Warum sollte nun der Bauherr mit aller Gewalt versuchen, diesen Anspruch beim Architekten durchzusetzen, wenn durch die Baugewährleistungsversicherung die Möglichkeit besteht, seine Gewährleistungsansprüche durch den zugesicherten Direktanspruch beim Versicherer geltend zu machen. Der Architekt sollte daher diese Sicherungsform verbindlich in die Ausschreibungsunterlagen aufnehmen.

#### **Zulässigkeit der alternativen Sicherungsform**

Gegenstand der von § 17 VOB Teil B erfassten Sicherheit ist die Absicherung der vertragsgemäßen Interessen des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer hinsichtlich der ordnungsgemäßen Erfüllung der Leistungspflicht des Auftragnehmers einschließlich der mangelfreien Leistungen insbesondere Nachbesserung. Nach § 232 ff. BGB, wie auch in § 17 VOB Teil B, ist es auch nicht erforderlich, vorher die Höhe der Sicherheiten festzulegen. Sie muss nur, wenn nichts anderes festgelegt ist, hoch genug sein, um das sichernde Recht wertmäßig zu decken. Insofern bestehen bei der Baugewährleistungsversicherung keine Probleme, da dem Grunde nach die Gewährleistungsansprüche in voller Höhe der Erstellungskosten Gegenstand der Versicherung sind. Auch sind hinsichtlich der Arten der Sicherheiten durch den § 232 Abs. 1 BGB verschiedene Möglichkeiten von Sicherheiten eingeräumt, so dass der Verwendung der Baugewährleistungsversicherung als alternatives Sicherungsinstrument nichts im Wege steht.

#### **Schlussfolgerung**

Es kann festgehalten werden, dass die Baugewährleistungsversicherung ein geeignetes Instrument darstellt, Gewährleistungsansprüche durch den Bauherren bei Insolvenz des Auftragnehmers, durch den Direktanspruch beim Versicherer, besser durchzusetzen.

Dadurch ist nicht nur der Bauherr auf der sicheren Seite, sondern auch der Architekt kann davon ausgehen, dass er wegen der Gewährleistungsansprüche im Hinblick auf die mögliche gesamtschuldnerische Haftung nicht mehr in Anspruch genommen wird.

#### **Ausblick**

Am 26. September 2014 findet wieder der Bausachverständigentag der Frankfurter Bautage statt. Unter der Überschrift „Feuchteschutz und Bauwerksabdichtung“ werden Themen besprochen, die insbesondere für den Planer besondere Herausforderungen darstellen. Gewährleistungsansprüche im Rahmen von mangelhaft geplanten oder ausgeführten Bauwerksabdichtungen nehmen sehr häufig Gestalt in Form von Rechtsstreitigkeiten an. Auch vor diesem Hintergrund ist die Frage nach einer Möglichkeit der Minimierung des Risikos der Inanspruchnahme zu stellen. ■

---

#### **Kontakt:**

*Roland Heese, VHV Allgemeine Versicherung AG,  
Verbands- und Kooperationsmanagement Bau,  
VHV-Platz 1, 30177 Hannover, Tel.: (0511) – 907 3941,  
rheese@vhv.de, www.vhv.de*

## Innovationen und Ressourceneffizienz am Bau



*Finanzamt Dresden, ein DDR-Plattenbau wurde auf Passivhausstandard energetisch saniert. Wurde hier durch hohen Einsatz von Dämmstoffen die Ressourceneffizienz der Energieeffizienz geopfert? Welcher Faktor wiegt stärker?*

*Im Innenhof werden noch große Mengen mineralische Baustoffe bewegt. Auch diese gehen in die Kennziffer Rohstoffproduktivität mit ein.*

Ressourceneffizienz gehört seit Beginn des Jahres zu den Themen in der Arbeit der RG-Bau. Warum gewinnt Ressourceneffizienz neben Energieeffizienz und Nachhaltigkeit an Bedeutung für die Bauwirtschaft? Anstoß für die intensivere Beschäftigung mit dem Thema war - wie so oft - die politische Diskussion auf europäischer Ebene.

### **Die Vision der Europäischen Union (EU):**

Bis 2050 ist die Wirtschaft auf eine Weise gewachsen, die die Ressourcenknappheit und die Grenzen des Planeten respektiert. Alle Ressourcen werden nachhaltig bewirtschaftet, von Rohstoffen bis hin zu Energie, Wasser, Luft, Land und Böden. Ressourceneffizienz ist der Schlüssel zum Erfolg, so der Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa von 2011. Die Wirtschaft soll aus Weniger Mehr produzieren und mit weniger Input größere Werte schaffen. Ressourcen werden auf nachhaltige Weise genutzt und Umweltauswirkungen minimiert. Dies geht nicht ohne eine grundlegende

Veränderung der Produktionsweise und macht eine neue Innovationswelle erforderlich.

Wichtige Etappenziele der EU bis spätestens 2020 sind:

- Die Einführung von Marktanzügen und politischen Anreizen, die Investitionen von Unternehmen in Effizienz belohnen.
- Diese Anreize führen zu Innovationen, die zu ressourceneffizienten Erzeugungsmethoden führen, welche breite Anwendung finden.
- Lebenszyklus-Ressourceneffizienz soll messbar und vergleichbar gemacht werden.
- Abfall wird als Ressource bewirtschaftet.

### **Bauwirtschaft als einer der Schlüsselsektoren**

Laut Fahrplan der EU sind in den Industrieländern in der Regel 70-80 Prozent aller Umweltauswirkungen auf die Sektoren Ernährung, Wohnen und Mobilität zurückzuführen. Diese Sektoren sind des-

halb auch von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der Herausforderungen auf den Gebieten Energie und Klimawandel. Für den Bausektor erwartet die EU, dass sich eine bessere Bauweise und Nutzung von Gebäuden auf 42 Prozent unseres Endenergieverbrauchs, etwa 35 Prozent unserer Treibhausgasemissionen und mehr als 50 Prozent aller geförderten Werkstoffe auswirken würde und auch helfen könnte, bis zu 30 Prozent Wasser zu sparen.

Der Fahrplan der EU verlangt daher deutliche Verbesserungen beim Ressourcen- und Energieverbrauch während der Lebensdauer von Gebäuden und Infrastruktur - mit besseren, nachhaltigen Werkstoffen, mehr Abfallrecycling und besserem Design. Dies soll zur Wettbewerbsfähigkeit des Bausektors und zum Aufbau eines ressourcenschonenden Immobilienbestands beitragen.

Das Etappenziel für die Bauwirtschaft formuliert die EU so: Spätestens 2020 gelten für die Renovierung und den Neubau von Gebäuden und Infrastruktur hohe Ressourceneffizienzstandards. Die Anwendung des Lebenszykluskonzepts ist weit verbreitet. Alle neuen Gebäude sind Niedrigstenergiegebäude und in hohem Maße materialeffizient, und es gibt Strategien für die Renovierung bestehender Gebäude, wonach jährlich zwei Prozent kosteneffizient saniert werden. 70 Prozent der nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle werden recycelt.

#### **Das deutsche Programm für Ressourceneffizienz (ProgRess)**

ProgRess ist ein breit angelegtes Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Es gibt einen Überblick über vorhandene Aktivitäten, identifiziert Handlungsbedarf und beschreibt Handlungsansätze und Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Bereits 2002 hat die Bundesregierung in ihrer Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel verankert, Deutschlands Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Mit diesem Ziel ist Deutschland international Vorreiter. Auch in ProgRess ist Innovationsorientierung essentiell und das nachhaltige Planen, Bauen und Nutzen von Gebäuden und baulichen Anlagen stellt ein wichtiges Handlungsfeld dar. Dabei ist die Bauwirtschaft bei der Realisierung und Messung von Nachhaltigkeit schon sehr weit. Nachhaltigkeitszertifikate wie das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude (BNB), das Gütesiegel für nachhaltiges Bauen des Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen, die nach Energieeinsparverordnung notwendigen Nachweise für die Energieeffizienz von Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden ermöglichen bereits weitgehend die umfassende Beurteilung der Gebäudequalität.



*Typische Materialien wie Stahl und Beton, die beim Rohbau zum Einsatz kommen und die Rohstoffproduktivität der Baubranche stark beeinflussen.*

#### **Der Indikator Rohstoffproduktivität**

Ein Aspekt wird in diesen Systemen jedoch bisher nicht ausreichend abgebildet. Im Zusammenhang mit der Ressourceneffizienz ist eben die Rohstoffproduktivität der für die Politik relevante Indikator. Dies ist die Relation von Bruttoinlandsprodukt (BIP, preisbereinigt) zum Verbrauch an nicht erneuerbaren Rohstoffen (Einsatz von Primärmaterial, gemessen zum Beispiel in Tonnen). Die Rohstoffproduktivität ist zwischen 1994 und 2011 bereits um 43,6 Prozent gestiegen. Bei rückläufigem Materialeinsatz (-11,8 Prozent) stieg dabei das BIP um 26,6 Prozent. Die Zunahme der Rohstoffproduktivität zwischen 1994 und 2010 ist vor allem auf einen rückläufigen Einsatz von Baurohstoffen um 34,4 Prozent bzw. 274 Millionen Tonnen zurückzuführen.

Einerseits hat die Bautätigkeit offensichtlich hohen Einfluss auf diesen wichtigen Nachhaltigkeitsindikator, andererseits ist diese Kennzahl für die Messung der Nachhaltigkeit am Bau nur bedingt geeignet. Schließlich sind viele mineralische Baustoffe einerseits sehr schwer, andererseits durch Verwendung am Bau nicht zwangsläufig verbraucht. Der ökologische Impact der Verwendung von Sanden und Kiesen zum Verfüllen von Baugruben oder ähnlichem erscheint auf den ersten Blick weit weniger drastisch, als die massive Verwendung seltener Erdmetalle in der Elektronikindustrie, auch wenn hiervon weitaus geringere Massen verbraucht werden.

Für importierte Waren wurde bereits ein erweiterter Rohstoffindikator entwickelt, der über sogenannte Rohstoffäquivalente („Rucksäcke“) berücksichtigt, dass die eingesetzten Rohstoffe im Ausland produziert und aufbereitet werden mussten und diese in die Ermittlung der Rohstoffproduktivität Deutschlands angemessen einfließen müssen. Die Entwicklung eines „bautauglichen“ Indikators für die Ressourceneffizienz der Bauwirtschaft wird aktuell diskutiert.

Erliegt man jedoch der Verführung, nur auf die Kennzahl Rohstoffeffizienz zu sehen, vergisst man den wichtigsten Nachhaltigkeitshebel der Bauwirtschaft. Betrachtet man die vergleichsweise sehr langen Nutzungsdauern von Bauwerken (im Hochbau circa 80-100 Jahre), so erweist sich der akkumulierte Energieverbrauch des Gebäudes in der Nutzungsphase meist als der größte Anteil am Ressourcenverbrauch eines Bauproduktes. Er kann die Ressourceninanspruchnahme für Herstellungenergie und erforderliche Materialien bei Weitem übersteigen. Daraus folgt: Ressourceneffizienz im Bauwesen ist nur über Energieeffizienz in der Nutzungsphase möglich, also über eine Minimierung des Energieverbrauchs für Raumwärme. Das macht unter anderem den Einsatz höherer Baustoffmengen für eine wärmedämmende Gebäudehülle erforderlich. Zielkonflikte Energieeffizienz und Materialeffizienz sind hierdurch vorprogrammiert. Vielleicht ist gerade am Bau die Frage: „Welche Baustoffe werden eingesetzt?“ viel wichtiger als die Frage nach der Masse.

### **Umweltproduktdeklaration (Environmental Product Declaration, EPD)**

Hilfestellung bei der Auswahl nachhaltiger Baustoffe bieten unter anderem die Umweltproduktdeklaration (Environmental Product Declaration, EPD) für Bauprodukte. Eine solche Produktdeklaration enthält auf wenigen Seiten umweltrelevante Informationen zur Ökobilanz und zum gesamten Lebensweg eines Produktes. Neben bauphysikalischen Informationen werden Angaben zu den Grundstoffen und deren Herkunft gemacht, der Herstellungsprozess wird beschrieben und Hinweise zur Verarbeitung gegeben. Auch technische Aspekte, Nachweise und Prüfungen, zum Beispiel bezüglich Schallschutz oder Brennbarkeit, sind dokumentiert.

Kernelement der Produktdeklaration ist eine Ökobilanz nach klar vorgegebenen Regeln. Für jedes Produkt müssen Ökobilanzdaten zur Verfügung gestellt werden, von der Rohstoffnutzung bis zum Fabrikator, auch inklusive der Nutzungs- und Nachnutzungsphase. Die Prüfkriterien sind unter Einbeziehung unabhängiger Dritter entwickelt und die Deklarationen werden unabhängig überprüft. Das Institut Bauen und Umwelt e. V. (IBU) organisiert das deutsche

Deklarationssystem für EPDs von Bauprodukten. Mittlerweile erarbeiten bereits über 100 Hersteller EPDs.

### **Das ökologisches Baustoffinformationssystem Wecobis ([www.wecobis.de](http://www.wecobis.de))**

Bei der Auswahl nachhaltiger Baustoffe hilft auch Wecobis. Es bietet für die wichtigen Bauproduktgruppen und Grundstoffe umfassende, strukturiert aufbereitete, herstellernerneutrale Informationen zu gesundheitlichen und umweltrelevanten Aspekten einschließlich möglicher Anwendungsbereiche. Diese Informationen werden für die Lebenszyklusphasen Rohstoffe, Herstellung, Verarbeitung, Nutzung und Nachnutzung zur Verfügung gestellt. Sie unterstützen den Planer bei der Auswahl geeigneter Baustoffe unter Berücksichtigung umwelt- und gesundheitsrelevanter Parameter.

Künftig wird sich die Arbeit der RG-Bau vor allem darauf konzentrieren, Innovationen vorzustellen, die zur Verbesserung der Ressourceneffizienz am Bau beitragen. In bewährter Art und Weise berichten wir über gute Beispiele in der Ibr, auf unseren Veranstaltungen und auf der neuen Internetseite [www.resinnobau.de](http://www.resinnobau.de).

### **Wichtige Quellen:**

- **Europäische Kommission:**  
Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa.  
Brüssel, den 20.9.2011
- **Die Bundesregierung:**  
Deutsches Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes)  
Programm zur Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen, Berlin, den 29.02.2012.
- **Marscheider-Weidemann, Niederste-Hollenberg, Paitz (Fraunhofer ISI):**  
Potenzieller Beitrag der Fördermaßnahme r<sup>2</sup> zur Rohstoffproduktivität Arbeitspapier im Rahmen des r<sup>2</sup>-Integrations- und Transferprojektes, Juni 2013  
[www.r-zwei-innovation.de](http://www.r-zwei-innovation.de)

---

### **Kontakt**

*Ute Juschkus, RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau,  
Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn, Tel.: (061 96) 495 35 05,  
[juschkus@rkw.de](mailto:juschkus@rkw.de), [www.rkw-kompetenzzentrum.de](http://www.rkw-kompetenzzentrum.de)*



# Neue Runde im Wettbewerb „Auf IT gebaut – Bauberufe mit Zukunft“



**Zum 14. Mal veranstaltet das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zusammen mit den Verbänden der Bauwirtschaft und namhaften Förderern den bundesweiten Wettbewerb „Auf IT gebaut“. Bis zum 17. November 2014 können beim RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau die Arbeiten eingereicht werden.**

Beim Wettbewerb bietet sich die Gelegenheit für Studenten, Absolventen und junge Beschäftigte der Baubranche, mit innovativen IT-Lösungen Preisgelder in Höhe von insgesamt 20.000 Euro zu gewinnen. Auch in diesem Jahr werden kreative Ideen aus den vier Wettbewerbskategorien Baubetriebswirtschaft, Architektur, Bauingenieurwesen und dem gewerblich-technischen Bereich gesucht.

In den vergangenen Jahren hat der Baunachwuchs hervorragende Lösungen für den Baubereich präsentiert und mit Flexibilität und Ideenreichtum praxisrelevante Lösungen entwickelt. Als Wettbewerbsarbeiten können sowohl Abschluss- als auch Hausarbeiten, EDV-Anwendungen und -Programme, Excel-Tools, Videos, Websites, Print-Fassungen und mehr eingereicht werden. Für den Umfang und das Format gibt es keine Vorgaben. Bei Softwareanwendungen können auch Videomitschnitte der Anwendung eingereicht werden.

Gefragt ist alles, was kreativ am Computer oder mit neuen Medien erstellt wurde und die Baubranche weiterbringt - von kreativen Websites oder Ausbildungsplattformen bis hin zu Animationen, Simulationen oder Berechnungstools.

Voraussetzung ist, dass die Arbeit bis zum **3. November 2014** angemeldet wird. Anschließend erhalten die Teilnehmer eine Teilnahmebestätigung sowie einen Vordruck für das

Anschreiben, das der Arbeit beiliegen muss. Nach der Anmeldung ist bis zum 17. November 2014 Zeit, die Arbeit vollständig inklusive einer Kurzfassung einzureichen. Für den Umfang und das Format der Wettbewerbsarbeit gibt es keine Vorgaben, d. h. es können Softwareanwendungen, Videos, Websites, Print-Fassungen etc. eingereicht werden.

Neben der Preisverleihung im Rahmen der BAU, Weltleitmesse für Architektur, Materialien und Systeme in München, wird in diesem Jahr eine Arbeit durch einen Sonderpreis des Premium-Förderers Züblin noch einmal besonders anerkannt werden.

Weitere Informationen, auch die Möglichkeit zur Online-Anmeldung bis zum 3. November 2014 sowie eine Übersicht zu den bisher prämierten Arbeiten finden Sie auf unserer Homepage [www.aufitgebaut.de](http://www.aufitgebaut.de). ■

#### **Kontakt:**

*Günter Blochmann, Christina Hoffmann,  
RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau  
Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn,  
Tel: (06 196) 495-35 02,  
[blochmann@rkw.de](mailto:blochmann@rkw.de), [c.hoffmann@rkw.de](mailto:c.hoffmann@rkw.de)*

## Zukunftsbranche Bauwirtschaft

### Trends und Szenarien für den Wohnungs- und Städtebau



**Bauwirtschaftstag am Donnerstag, 25. September 2014**  
**Kongresszentrum Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main**

*Nachdem im letzten Jahr der Bauwirtschaftstag eine Pause eingelegt hat, findet er in diesem Jahr wie gewohnt am letzten Donnerstag im September in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt statt. Dabei werden wir uns mit Fragen rund um den Wohnungsbau befassen.*

Wie wird sich der Wohnungsmarkt künftig entwickeln? ...und welche Auswirkungen bringen diese Entwicklungen mit sich? In der Bauwirtschaft ist zu beobachten, dass seit dem Jahr 2010 der Wohnungsbau wieder die treibende Kraft für die Bauwirtschaft ist - und auch die Prognosen bestätigen weiterhin steigende Umsätze.

Die Anforderungen an den Wohnungs- und auch an den Städtebau sowie veränderte Rahmenbedingungen in der Gesellschaft bedingt durch demografische Veränderungen, veränderte Wohnungs- und dem Arbeitsmarktbedingungen, Zuwanderung und Aspekte der Nachhaltigkeit werden sich auf das „Wohnen von morgen“ auswirken:

Die Entwicklung der Mietpreise, die Frage nach Wohneigentum und entsprechenden Förderungen aber auch regionale Aspekte spielen eine immer größer werdende Rolle.

Wir laden Sie ein, im Rahmen der Veranstaltung mit Experten aus Politik und Wirtschaft zu diskutieren. Hierzu werden hochkarätige Persönlichkeiten aus der Baupraxis Rahmenbedingungen, Konzepte und Standpunkte vorstellen. Ergänzt wird dies durch die Vorstellung von Projekten aus der Praxis von verschiedenen Akteuren im Wohnungsbau.

**Kontakt und Anmeldung:**

Christina Hoffmann,

RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn,

Tel: (06 196) 495-3504,

c.hoffmann@rkw.de

Das Programm steht Ihnen in Kürze unter [www.rkw-kompetenzzentrum.de](http://www.rkw-kompetenzzentrum.de) zur Verfügung. Hier finden Sie auch alle Anmeldemöglichkeiten ■

Gemeinschaftsveranstaltung von: VHV Versicherungen • RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

# Feuchteschutz und Bauwerksabdichtung

Bausachverständigentag am Freitag, 26. September 2014,  
Kongresszentrum Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt

## 10:15 Begrüßung und Einführung

Dipl.-Ing. Günter Blochmann, RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau  
Dipl.-Ing. Roland Heese, VHV Versicherung

## 10:30 Feuchteschutz – Einflussfaktoren, Richtlinien, Grenzwerte und Messverfahren

Dr.-Ing. Knut Herrmann,  
Materialprüfanstalt für das Bauwesen Braunschweig

## 11:15 Die neuen Abdichtungsnormen DIN 18531- DIN 18535 – Konzepte, Beratungsstände, Auswirkungen auf die Baupraxis

Dipl.-Ing. Christian Herold,  
Obmann des Normenausschusses DIN 18532

## 12:00 Verbundabdichtungen in Innenräumen

Dipl.-Ing. Thomas Platts, CRP Bauingenieure

## 12:45 Mittagspause

## 13:30 Sanierung von Feuchteschäden – Eignung und Grenzen von Sanierungsmaßnahmen

Dipl.-Ing. Jens Koch, Koch Ingenieure

## 14:30 Schadensträchtige Details bei Bauwerksabdichtungen im Bestand

Dr.-Ing. Eduard Kindereit, Kindereit Ingenieure

## 15:00 Kaffeepause

## 15:30 Neue Baustoffe – neue Fallstricke? Chancen und Risiken bei der Verwendung neuer Baustoffe

Prof. Dr.-Ing. Ludger Lohaus,  
Institut für Baustoffe, Leibniz Universität Hannover

## 16:15 Die Rolle des Bausachverständigen in der außergerichtlichen Streitbeilegung und Streitentscheidung

Prof. Stefan Leupertz, Leupertz Baukonfliktmanagement

## 17:00 Ende der Veranstaltung

Gemeinschaftsveranstaltung von:  
Frauenhofer Informationszentrum Raum und Bau • Institut für Bau-  
forschung • Verband Beratender Ingenieure • VHV Versicherungen •  
RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau

Feuchte in Bauwerken ist eine der Hauptursachen für Gebäudeschäden. Immer wieder müssen sich Bausachverständige mit der Bewertung von Feuchtigkeitsschäden und in diesem Zusammenhang mit der Beschaffenheit von Bauwerksabdichtungen auseinandersetzen. Die Ursachen von Feuchteschäden sind oftmals Mängel bei der Planung und Ausführung von Abdichtungen, insbesondere auch die fehlerhafte Ausbildung von Details im Bestand. Für die wirtschaftliche und dauerhafte Sanierung von Feuchteschäden an Gebäuden müssen zunächst geeignete Sanierungsmaßnahmen bestimmt werden.

Im Rahmen des 49. Bausachverständigentages stellen deshalb namhafte Bausachverständige und Abdichtungsexperten die neusten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis vor. Anhand von Fallbeispielen werden Schwachstellen und ihre Ursachen sowie die zugrunde liegenden Fehler aufgezeigt und analysiert. Empfehlungen für mangelfreie und dauerhafte Abdichtungen und Hinweise zur Eignung und Grenzen von Sanierungsmaßnahmen helfen, Feuchteschäden richtig zu beurteilen und eine Sanierungsplanung vorzunehmen. Wie in den vergangenen Jahren werden auch diesmal neue Entwicklungen bei Normen und Richtlinien dargestellt und kommentiert. Hinweise zu Chancen und Risiken bei der Verwendung neuer Baustoffe und zur außergerichtlichen Streitbeilegung und Streitentscheidung runden die Veranstaltung ab.

Wie immer bietet der Bausachverständigentag die Gelegenheit zu Diskussionen und persönlichen Kontakten sowie zum Besuch der begleitenden Ausstellung über neue Fachliteratur und Produkte. Der Bausachverständigentag richtet sich als Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch an Bausachverständige, Planer und Bauausführende. ■

---

### Information und Anmeldung:

RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau,  
Düsseldorfer Str. 40A, 65760 Eschborn,  
Tel. (06 196) 495-35 02, Fax (06 196) 495-45 01,  
blochmann@rkw.de, www.rkw-kompetenzzentrum.de

## Deutsche Bauwirtschaft zum Zahlungsverzug: Gesetzentwurf zügig verabschieden!

Gemeinsame Presseerklärung von Hauptverband der Deutschen Bauindustrie  
und Zentralverband Deutsches Baugewerbe

---

„Der vom deutschen Bundestag in erster Lesung beratene Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr stellt gegenüber den Entwürfen der vergangenen Legislaturperiode eine deutliche Verbesserung dar und wird dem Anliegen der rund 70.000 Bauunternehmen in Deutschland gerecht, zügig ihre Rechnungen bezahlt zu bekommen.“ Diese Auffassung vertreten die Präsidenten der beiden Bauspitzenverbände, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und Zentralverband Deutsches Baugewerbe, Prof. Thomas Bauer und Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein. Denn nach wie vor sind Zahlungsausfälle und die damit verbundenen Liquiditätsengpässe Insolvenzgrund Nummer eins für Bauunternehmen. Insofern setzt der vorgelegte Gesetzentwurf die richtigen Akzente: Grundsätzlich sind Zahlungsfristen von mehr als 30 Tagen und Abnahmefristen von mehr als 15 Tagen unwirksam.

„Wir haben den Eindruck, dass die Große Koalition die Lage der Branche verstanden hat: Bauunternehmen warten noch immer zu lange auf ihr Geld, obwohl sie vorleistungspflichtig sind und ihre Beschäftigten und Lieferanten bezahlen müssen, bevor sie Geld vom Auftraggeber sehen. Diese Situation kann sich wesentlich verbessern, wenn der vorgelegte Gesetzentwurf zügig vom Parlament verabschiedet wird.“ So die beiden Präsidenten Bauer und Loewenstein.

Wichtig ist auch, dass Abnahme- und Zahlungsfrist nach der Systematik des Gesetzentwurfs zum selben Zeitpunkt beginnen und deshalb nicht kumuliert werden können. Die Abnahmefrist geht hiernach stets in der Zahlungsfrist auf. Ein Beispiel: Hat sich der Auftraggeber 15 Tage bis zur Durchführung der Abnahme ausbedungen, stehen ihm nach Durchführung der Abnahme nur noch weitere 15 Tage bis zur Zahlung zur Verfügung. Die maximal 30-tägige Zahlungsfrist beginnt eben nicht erst nach Ablauf der Abnahmefrist.

„90 Prozent der Zahlungen am Bau laufen über Abschläge. Hier ist der wichtigste Punkt, an dem nachgebessert werden muss. Wir fordern eine Sonderregelung für Abschlagszahlungen nach dem Vorbild der VOB/B, wonach diese 21 Tage nach Rechnungsstellung fällig werden.“ So ZDB-Präsident Loewenstein weiter.

„Der jetzt vorgelegte Entwurf schafft Klarheit bei den Zahlungsfristen und setzt damit die Ziele der Richtlinie positiv um. Die Bauwirtschaft erwartet nun eine zügige Verabschiedung des Gesetzes durch den deutschen Bundestag.“ Erklärte HDB-Präsident Bauer abschließend. ■

---

**Kontakt:**

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.,  
Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin,  
info@bauindustrie.de, www.bauindustrie.de

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V.,  
Kronenstraße 55–58, 10117 Berlin,  
info@zdb.de, www.zdb.de



# Baugewerbe warnt vor Kostenexplosion bei Infrastrukturmaßnahmen!



„Die Modernisierung der deutschen Verkehrsinfrastruktur dürfte noch wesentlich teurer werden als es die ersten Schätzungen befürchten lassen“, so die Einschätzung von Dr. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbe.

Loewenstein weiter: „Zwar gelingt es der deutschen Bauwirtschaft derzeit noch, circa 90 Prozent der mineralischen Abfälle im Kreislauf zu halten, doch ist diese hohe Verwertungsquote durch immer höhere Umweltauflagen und eine sinkende Akzeptanz von Recycling-Baustoffen ernsthaft bedroht.“

Denn nach wie vor gelten im Zuge von Baumaßnahmen gelöste Böden als Abfall, sofern sie nicht wieder auf der gleichen Baustelle eingebaut werden können. Diese Böden müssen mit hohem Kostenaufwand auf Umweltschadstoffe untersucht werden. Völlig saubere Böden sind jedoch gemessen an den hohen Maßstäben der Umweltbehörden weder in Siedlungsgebieten noch an Verkehrswegen anzutreffen. Gering und höher belastete Böden sind somit auf dafür zugelassenen Deponien zu entsorgen. Da sich aber der entsprechende Deponieraum verknappt, befürchten wir in spätestens fünf Jahren erhebliche Entsorgungsengpässe.“ So Loewenstein.

Eine Umfrage unter ZDB-Mitgliedsbetrieben ergab, dass sich Entsorgungskosten für belastete Böden seit dem Jahr 2008 versechsfacht haben. Auch bei geringfügig belasteten Böden ergab sich, so die ZDB-Mitgliedsbetriebe, eine Verdreifachung der Entsorgungskosten. Ursächlich hierfür sind die immer größeren zu entsorgenden Bodenmengen einerseits und die bereits eingetretene drastische Abnahme von Anzahl und Restvolumen der Deponien andererseits.

Daher müssen höher belastete Böden bereits heute bis zu 250 Kilometer weit zur nächsten Deponie transportiert werden. Das belastet nicht nur Umwelt und Verkehr, sondern verschlechtert auch den Zustand der Straßen wesentlich. In Summe werden die anstehenden Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen dadurch erheblich verteuert. Wenn sich die Verwertung oder Entsorgung der jährlich im Zuge von Baumaßnahmen anfallenden über 100 Millionen Tonnen Böden und Steine im Schnitt um nur zehn Euro je Tonne verteuern sollte, bedeutet dies eine Milliarde Euro Mehrkosten jährlich.

„Diese Mehrkosten werden zum großen Teil bei öffentlichen Baumaßnahmen anfallen und die zusätzlichen Bundesmittel zur Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur zu großen Teilen aufzehren“, so die Befürchtung des ZDB-Präsidenten.

Loewenstein forderte daher das Bundesumwelt- und Bauministerium auf, endlich für ausgewogene Regelungen für die Verwertung mineralischer Abfälle zu sorgen, ansonsten drohe Deutschland ein Zusammenbruch der überaus erfolgreichen Kreislaufwirtschaft Bau und zudem ein Entsorgungskollaps bei mineralischen Abfällen. ■

---

#### Kontakt:

Zentralverband Deutsches Baugewerbe,

Kronenstraße 55–58, 10117 Berlin,

Tel: (030) 203 14–0, Fax: (030) 203 14–420,

info@zdb.de, www.zdb.de

## Bauen für ältere Menschen

Wohnformen . Planung . Gestaltung . Beispiele  
Von Gudrun Kaiser.

Mit Gastbeiträgen von: Petra Rohe, Ronald Richter, Sabine Seitz, Carmen Molitor, Elisabeth Schneider-Grauvogel, Birgit Eberhardt, Birgit Hansen und Ulrike Kreuer.

2014. DIN A4. Gebunden. 208 Seiten mit 340 Abbildungen und 34 Tabellen. 69 Euro (Buch) / Einführungspreis bis 31.07.2014: 59 Euro, 55,20 Euro (E-Book) / Einführungspreis bis 31.07.2014: 47,20 Euro, ISBN Buch: 978-3-481-02972-2 / ISBN E-Book PDF: 978-3-481-03155-8

Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen an Architekten und Planer, die über das barrierefreie Bauen weit hinausgehen. Die Neuerscheinung „Bauen für ältere Menschen“ von Gudrun Kaiser zeigt Konzepte und Lösungen für altersgerechte Wohngebäude und Pflegeeinrichtungen auf und berücksichtigt dabei die besonderen Bedürfnisse älterer, mobil eingeschränkter oder demenzerkrankter Menschen.

Das Handbuch stellt zunächst die verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen vor: von individuellen oder gemeinschaftlichen Wohnformen bis hin zu stationären Pflegeheimen. Dabei erläutert die Autorin sowohl die Organisation als auch die Gestaltung einzelner Räume und Nutzungsbereiche. Konkrete Tipps und Ausführungsdetails helfen bei der Planung von Erschließungszonen, Aufenthaltsbereichen, Wohnräumen, Bädern und Außenanlagen, aber auch bei der detaillierten Gestaltung von Fenstern, Türen, Treppen und anderen Bauteilen.

Bei der Planung von altersgerechten Wohn- und Pflegeeinrichtungen sind besondere bau- und heimrechtliche Vorgaben zu berücksichtigen, dies gilt insbesondere für den Brandschutz. Das Handbuch fasst diese komplexen Anforderungen zusammen und erleichtert so die Abstimmung zwischen Architekten, Fachplanern, Bauherren, Betreibern und Genehmigungsbehörden.

Anschauliche Beispiele mit Fotos und Grundrissen zeigen gelungene Projekte im Detail und liefern zahlreiche Anregungen. Zusammen mit den ergänzenden Planungstipps helfen sie bei der Realisierung bedarfsgerechter Wohnformen, die ein Höchstmaß an individueller Lebensqualität bieten. ■

*Bestellung bei:*

Verlagsgesellschaft Rudolf Müller GmbH & Co. KG  
Stolberger Str. 84, 50933 Köln,  
Tel.: (0221) 54 97-120, Fax: (0221) 54 97-130,  
service@rudolf-mueller.de, www.baufachmedien.de

## Deutsche Bauindustrie International

Qualität – Innovation – Nachhaltigkeit  
*Deutsche Bauindustrie: Best Practice im Auslandsbau*

„Die Welt wächst. Immer mehr Menschen brauchen vor allem in den Städten eine angemessene urbane Infrastruktur, gut ausgebaute Verkehrswege und eine zuverlässige Wasser- und Energieversorgung. Bauen schafft die Grundlage, damit dieses Wachstum planvoll, nachhaltig und ressourcenschonend verläuft, so unterschiedlich die Bedürfnisse und Erfordernisse auf den verschiedenen Kontinenten und in den verschiedenen Regionen auch sind.“ Darauf weist der Präsident des Hauptverbandes, Prof. Thomas Bauer, in einer Best-Practice-Broschüre des Hauptverbandes zum Auslandsbau deutscher Bauindustriunternehmen hin.

In der Publikation geben Beispiele einen Überblick über Projekte dieser Bereiche und zeigt damit, dass die deutsche Bauindustrie sich weltweit einen hervorragenden Ruf erarbeitet hat.

„Mit unserer neuen Broschüre möchten wir einen Überblick über das breite Leistungsspektrum der deutschen Bauindustrie im Ausland und die hohe Qualität deutscher Bauingenieurkunst geben.“ erklärt Prof. Bauer. ■

*Kontakt und Bestellung:*

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.,  
Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin,  
www.bauindustrie.de



## Termine

### 15.09.–16.09.2014:

8. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik: „Städtische Energien – Zusammenleben in der Stadt“ Essen, *das detaillierte Kongressprogramm und Hinweise zur Anmeldung werden rechtzeitig veröffentlicht, [www.bmub.bund.de/E644/](http://www.bmub.bund.de/E644/)*

### 25. September 2014:

**Frankfurter Bautage 2014, Bauwirtschaftstag:** Zukunftsbranche Bauwirtschaft – Trends und Szenarien für den Wohnungs- und Städtebau, Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main, *RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau, Christina Hoffmann, Tel. (061 96) 495 35 04, Fax. (061 96) 495–45 01, [c.hoffmann@rkw.de](mailto:c.hoffmann@rkw.de), [www.rkw-kompetenzzentrum.de](http://www.rkw-kompetenzzentrum.de)*

### 26. September 2014:

**Frankfurter Bautage 2014: Bausachverständigentag:** Feuchteschutz und Bauwerksabdichtung, Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main, *RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau, Günter Blochmann, Tel. (061 96) 495 35 02, Fax. (061 96) 495-45 01, [blochmann@rkw.de](mailto:blochmann@rkw.de), [www.rkw-kompetenzzentrum.de](http://www.rkw-kompetenzzentrum.de)*

### 6. Oktober bis 8. Oktober 2014:

EXPO REAL 2014, 17. Internationale Fachmesse für Immobilien und Investitionen, *Besucheranfragen, Online-Besucherregistrierung und Besuchermailings: Messe München, Tel.: (089) 94 91 16 28, Fax: (089) 94 91 16 29, [info@exporeal.net](mailto:info@exporeal.net), [www.exporeal.net](http://www.exporeal.net)*

## Führungskräfte-Trainee-Programm für Baugewerbe- und Bauindustrieunternehmen

In allen Bereichen des Baus – vom Handwerk bis zur Industrie – sind Fachkräfte derzeit Mangelware. Zukunftsprognosen und ein Blick auf die Demografie machen deutlich, dass sich dieses Problem noch verstärken wird. Die Herausforderung an Bauunternehmen lautet also: Gutes Personal langfristig binden und vorhandene Fachkräfte weiter qualifizieren. Darüber hinaus gibt es einen neuen Qualitätsanspruch für Bauspezialisten. Neben anspruchsvollen Kenntnissen zu aktuellen Technologien und dem Umgang mit leistungsfähigen Maschinen und Geräten sind betriebswirtschaftliches Wissen und unternehmerisches Denken mehr denn je gefragt. Das Trainee-Programm ist genau auf diesen Anspruch zugeschnitten.

Die Besonderheit: Sämtliche Themenfelder stehen in direktem Bezug zu den Gegebenheiten und Besonderheiten im Baualltag und sind mit zahlreichen Praxisbeispielen hinterlegt.

### Das TRAINEE-Programm:

#### ■ Zielgruppe

Baufachkräfte und Baukaufleute, die Führungsverantwortung übernehmen sollen, sowie Führungskräfte, die ihr Management- und Baubetriebswissen vertiefen und/oder erweitern wollen.

#### ■ Zielstellung

Vom Unternehmensnachfolger, über die Führungskraft bis hin zum Mitarbeiter vermittelt das Trainee-Programm bauspezifisches Know-how und Zusammenhänge, die zum Erfolg ihrer Bauprojekte beitragen. Durch die erlangten Kenntnisse und Erfahrungen werden neue Ressourcen nutzbar, Abläufe optimiert und letztendlich das Betriebsergebnis verbessert.

#### ■ Projektarbeit

Jeder Teilnehmer setzt sein erworbenes Wissen in einem konkreten Projekt aus seinem Unternehmen um. Dabei finden die im „Projektmanagement Grundlagen“ behandelten Elemente Anwendung und bilden den „roten Faden“. Im Vordergrund der Projektarbeit steht der praktische Nutzen für das Unternehmen. Mit dieser Arbeit, der Präsentation und dem anschließenden Prüfungsgespräch stellen die Teilnehmer unter Beweis, dass sie in der Lage sind, ihr erworbenes theoretisches Wissen in die Praxis umzusetzen.

#### ■ Unternehmerabend

Lockerer Abend für Gespräche und Diskussionen mit zwei oder drei erfolgreichen Bauunternehmern unterschiedlicher Betriebsgrößen und Branchen aus Sachsen.

#### ■ Dauer und Ort

Ein dreimonatiges berufsbegleitendes TRAINEE-Programm (15 Präsenztage).  
Start: 14. Januar 2015, Leipzig

### Kontakt:

*Gabriele Klett, RKW Sachsen GmbH, Dienstleistung und Beratung,  
Freiberger Straße 35, 01067 Dresden, [klett@rkw-sachsen.de](mailto:klett@rkw-sachsen.de), [www.rkw-sachsen.de](http://www.rkw-sachsen.de)*

Frankfurter Bautage 2014

# Bauwirtschaftstag

**Donnerstag, 25. September 2014**

Zukunftsbranche Bauwirtschaft  
Trends und Szenarien für den Wohnungs- und  
Städtebau

# 49. Bausachverständigentag

**Freitag, 26. September 2014**

Feuchteschutz und Bauwerksabdichtung

**Veranstaltungsort:** Kongresszentrum Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt

**Anmeldung und Informationen:** RKW Kompetenzzentrum, RG-Bau, Düsseldorfer Str. 40 A, 65760 Eschborn,  
Telefon: 06196 – 495 3501, Fax: 06196 – 495 4501, megerlin@rkw.de, www.rkw-kompetenzzentrum.de

